

AMTLICHE MITTEILUNG

Nr.: 862
Veröffentlicht am: 31.07.2023
Inkrafttreten am: 01.10.2023

Änderung der Prüfungsordnung 2016 für den
Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting
and Taxation (2016.5)

BEKANNTMACHUNG

Nach § 1 der Satzung der Hochschule RheinMain zur Bekanntmachung ihrer Satzungen vom 04. Juni 2013 (StAnz. vom 29.7.2013, S. 929) wird die Änderung der Prüfungsordnung 2016 für den Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation (2016.5) des Fachbereichs Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain hiermit bekanntgegeben.

Wiesbaden, 31.07.2023

Prof. Dr. Eva Waller
Präsidentin

Herausgeber:

Präsidentin
Hochschule RheinMain
Postfach 3251
65022 Wiesbaden

Redaktion:

Sachgebiet V.3
Studienqualitätsentwicklung
E-Mail: studienqualitaetsentwicklung@hs-rm.de

Änderung der Prüfungsordnung 2016 für den Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation, veröffentlicht in den Amtlichen Mitteilungen der Hochschule RheinMain Nr. 756 vom 12.08.2021 (2016.5)

Aufgrund des § 50 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes (HessHG) in der Fassung vom 14.12.2021 (GVBl. I S. 931), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain am 13.06.2023 folgende Änderung der o.a. Prüfungsordnung erlassen. Die Änderung entspricht den Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Bachelor-Studiengänge (ABPO-Bachelor) der Hochschule RheinMain vom 16.04.2013, veröffentlicht in den Amtlichen Mitteilungen Nr. 224 und wurde in der 207. Sitzung des Senats der Hochschule RheinMain am 11.07.2023 beschlossen und vom Präsidium am 18.07.2023 gemäß § 43 Abs. 5 HessHG genehmigt.

Die Änderungen sind durch **fette unterstrichene Kursivschrift** kenntlich gemacht.

I. Änderungen

1. Der Prüfungsordnung wird die Anlage „Übergangsregelung“ hinzugefügt.

2. Zu Ziffer 14 wird Folgendes hinzugefügt:

„Diese Prüfungsordnung läuft aus. Zum 01.10.2023 tritt eine neue Prüfungsordnung in Kraft. Studierende, die ihr Studium nach dieser Prüfungsordnung begonnen haben, können es nach Maßgabe der Anlage Übergangsregelung auch nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung beenden.“

II. Inkrafttreten

Diese Änderung der Prüfungsordnung tritt mit Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Hochschule RheinMain zum 01.10.2023 in Kraft.

Wiesbaden, den 31.07.2023

Prof. Dr. MSc. Christiane Jost
Vizepräsidentin der Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Till Dannewald
Dekan des Fachbereichs Wiesbaden Business School

Anlage: Leseversion mit allen Änderungen

Allgemeine Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Bachelor-Studiengänge der Hochschule RheinMain vom 16.04.2013 (AM Nr. 224)

Vorbemerkung

Aufgrund von § 36 Abs. 2 Nr. 2 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 666), geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2010 (GVBl. I S. 617, 618), hat der Senat in seiner Sitzung am 09.04.2013 die nachfolgenden Änderungen der o. g. Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen für Bachelor- und Master-Studiengänge beschlossen, die vom Präsidium am 16.04.2013 gemäß § 37 Absatz 5 HHG genehmigt wurden. Sie enthalten die für die Prüfungsordnungen aller Fachbereiche und Studiengänge der Hochschule RheinMain – University of Applied Sciences verbindlichen Regelungen. Sie sind Bestandteil der jeweiligen Prüfungsordnungen und werden ergänzt durch die von den Fachbereichen zu treffenden studiengangsspezifischen Regelungen, die in den Besonderen Bestimmungen fest zu legen sind.

Die Allgemeinen Bestimmungen entsprechen den Vorgaben der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen vom 10.10.2003 i.d.F vom 04.02.2010 und den Landesspezifischen Strukturvorgaben des Landes Hessen als Handreichung zu den „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditie-

Besondere Bestimmungen für Prüfungsordnungen des Bachelor-Studiengangs Business & Law in Accounting and Taxation des Fachbereichs Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain

Vorbemerkung

Aufgrund des § 44 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 14.12.2009 (GVBl. I S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18.12.2017 (GVBl. S. 482), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain am 22.09.2020 folgende Änderungen der u. a. Prüfungsordnungen beschlossen. Die Änderungen wurden in der 182. Sitzung des Senats der Hochschule RheinMain am 08.12.2020 beschlossen und vom Präsidium am 15.12.2020 gemäß § 37 Abs. 5 HHG genehmigt.

rung von Bachelor- und Masterstudiengängen“ vom 26.05.2010.

Soweit zwischen den Allgemeinen und den Besonderen Bestimmungen Abweichungen bestehen, sind die Allgemeinen Bestimmungen grundsätzlich vorrangig zu beachten, es sei denn, die Allgemeinen Bestimmungen widersprechen den ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen. In diesem Fall sind die Besonderen Bestimmungen vorrangig zu beachten, soweit sie den ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen entsprechen.

Inhalt

1 Zulassungsvoraussetzungen	1
2 Allgemeines	3
2.1 Dauer und Gliederung des Studiums, Module und Credit-Points	3
2.1.1 Regelstudienzeit	3
2.1.2 Konsekutive Studiengänge	4
2.1.3 Modul	4
2.1.4 Berufspraktische Module	5
2.1.5 Credit-Points	6
2.1.6 Umfang der Credit-Points	7
2.1.7 Studienziel	7
2.2 Bachelor-Prüfung und akademischer Grad	8
2.2.1 Bachelor-Prüfung	9
2.2.2 Bachelor-Grad	9
2.3 Anrechnung von Leistungsnachweisen	10
3 Prüfungswesen	12
3.1 Prüfungsausschüsse	12
3.1.1 Zuständigkeit	12
3.1.2 Aufgaben	12
3.1.3 Organisationsvorschriften	13
3.2 Prüfungskommissionen	14
3.3 Bekanntgabe der Prüfungstermine	15
3.4 Prüfungsberechtigung	15
4 Modulprüfungen, Prüfungsleistungen, Studienleistungen und ihre Bewertung	16
4.1 Prüfungsleistungen, Studienleistungen	16
4.1.1 Prüfungsleistungen und Studienleistungen	16
4.1.2 Studienleistungen	18
4.1.3 Prüfungsformen für Prüfungs- und Studienleistungen	18
4.1.4 Nachteilsausgleich für Kandidatinnen und Kandidaten mit körperlicher Beeinträchtigung	22
4.1.5 Bachelor-Thesis	23
4.2 Bewertung der Leistungen, Bildung der Modulnote und Bildung der Gesamtnote	27
4.3 Festsetzung der Note bzw. Ergebnisse	33
4.4 Notenbekanntgabe	34

5 Zulassungen zu Prüfungen	35
5.1 Antrag auf Zulassung, beizufügende Dokumente und Beteiligung der Studierenden	35
5.2 Zulassung	37
5.2.1 Entscheidung über Zulassung	37
5.2.2 Ablehnung der Zulassung	37
5.2.3 Ausnahmen für ausländische Studierende	37
6 Nichtbestehen, Versäumnis, Rücktritt und Täuschung	38
6.1 Nichtbestehen	38
6.2 Versäumnis, Rücktritt und Fristverlängerung	38
6.3 Täuschung und Ordnungsverstöße	41
7 Wiederholung von Prüfungsleistungen	43
7.1 Nichtwiederholbarkeit bestandener Prüfungsleistungen	43
7.2 Wiederholung	43
7.3 Fristen	44
7.4 Folgen des endgültigen Nichtbestehens	44
7.5 Endgültiges Nichtbestehen nach § 59 Abs. 4 HHG	45
8 Klausureinsicht/Akteneinsicht	46
9 Widerspruch	47
10 Abschlussdokumente	49
10.1 Abschluss-Zeugnis	49
10.1.1 Abschluss-Zeugnis der Bachelor-Prüfung	49
10.1.2 Unterschrift und Siegel Fachbereich	49
10.2 Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades	50
10.3 Diploma Supplement (DS)	50
10.4 Transcript of Records (ToR)	51
11 Sprachregelungen	52
12 Kooperationen	53
13 Einstellung von Studiengängen	54
14 In-Kraft-Treten	55

1 Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Besonderen Bestimmungen können nach § 54 Abs. 4 HHG vorsehen, dass für einen Studiengang neben der Hochschulreife noch besondere studien-gangsspezifische Fähigkeiten und Kenntnisse vorliegen müssen (beispielsweise Sprachkenntnisse oder Vorpraxis). In diesem Fall regeln die Besonderen Bestimmungen die Anforderungen, den Gesamtumfang sowie den Zeitpunkt, zu dem diese nachgewiesen werden müssen. Die Besonderen Bestimmungen können auch eine Vorpraxis im Ausland vorsehen. Eine einschlägige berufliche Tätigkeit kann angerechnet werden.

(2) Auf Grundlage der Nachweise der geforderten Voraussetzungen spricht ein vom Dekanat zu bestimmender Zulassungsausschuss oder der Prüfungsausschuss eine Empfehlung über die Zulassung zum Studium aus. Dieser führt auch das Auswahlverfahren durch und beurteilt aufgrund eigener Sachkunde; dabei erfolgt kein schematischer Vergleich der Bewerber. Die Ergebnisse des Auswahlverfahrens werden vom Fachbereich unverzüglich an die Präsidentin oder den Präsidenten weitergeleitet, die/der über die Zulassung entscheidet.

Bei zulassungsbeschränkten Studiengängen richtet sich das Zulassungsverfahren nach den Vorschriften der Vergabeverordnung Hessen in der jeweils gültigen Fassung.

(1) Die Zulassungsvoraussetzungen sind in der Satzung über die Zulassung zum Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

(3) Die Zulassungsvoraussetzungen müssen vor der Einschreibung geprüft werden. Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass Studienbewerberinnen und –bewerber mit dem Vorbehalt eingeschrieben werden, dass der Nachweis innerhalb der ersten beiden Semester erbracht wird.

(4) Ausländische Bewerber müssen zusätzlich ausreichende deutsche Sprachkenntnisse für ein Hochschulstudium nachweisen. Die Anerkennung dieser sprachlichen Befähigungsnachweise erfolgt durch die jeweils zuständige Stelle der Hochschule RheinMain. Bei internationalen Studiengängen, in denen die Unterrichtssprache nicht deutsch ist, kann in den Besonderen Bestimmungen Abweichendes festgelegt werden.

(3) Näheres siehe Satzung über die Zulassung zum Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation in der jeweils gültigen Fassung.

2 Allgemeines

2.1 Dauer und Gliederung des Studiums, Module und Credit-Points

2.1.1 Regelstudienzeit

(1) Für Vollzeitstudiengänge, die mit der Bachelor-Prüfung abschließen, beträgt die Regelstudienzeit sechs, sieben oder acht Semester. Dabei sind – ggf. unter Einbeziehung der vorlesungsfreien Zeit – die Leistungsnachweise und das Modul Bachelor-Thesis sowie, falls vorgesehen, berufspraktische Module bis zu 30 Credit-Points zu integrieren. In den Besonderen Bestimmungen muss die Regelstudienzeit des Studiengangs festgelegt werden.

(2) Die Fachbereiche haben die Möglichkeit, Auslandssemester in das Studienprogramm einzubeziehen. Soll dieses vorgesehen werden, so sind hierzu in den Besonderen Bestimmungen nähere Regelungen zu treffen.

(3) Für Teilzeitstudiengänge sowie berufsintegrierte und duale Studiengänge können die Besonderen Bestimmungen eine längere Regelstudienzeit vorsehen.

(4) Für das Teilzeitstudium in zulassungsbeschränkten Studiengängen gelten die Vorschriften der Hessischen Immatrikulationsverordnung in der jeweils gültigen Fassung.

(1) Der Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation hat eine Regelstudienzeit von acht Semestern.

2.1.2 Konsekutive Studiengänge

Bei konsekutiven Studiengängen, die auf dem Bachelor-Grad nach Ziffer 2.2.2 aufbauen, beträgt die Gesamtregelstudienzeit zehn Semester. Kürzere und längere Regelstudienzeiten sind bei entsprechender studienorganisatorischer Gestaltung in Ausnahmefällen möglich. Soweit die aktuellen Strukturvorgaben andere Regelungen vorsehen, sind diese vorrangig zu beachten.

2.1.3 Modul

(1) Die Studiengänge sind modular aufgebaut. In Modulen werden thematisch und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene und mit Credit-Points belegte Studieneinheiten zusammengefasst. Sie können sich aus verschiedenen Lehr- und Lernformen zusammensetzen. Ein Modul kann Inhalte eines einzelnen Semesters oder eines Studienjahres umfassen, sich aber auch über mehrere Semester erstrecken. Module schließen in der Regel mit nur einer Prüfungsleistung ab, deren Ergebnis in das Abschlusszeugnis eingeht. In Ausnahmefällen kann ein Modul auch mit einer Studienleistung abschließen, deren Ergebnis nicht in das Abschlusszeugnis eingeht.

(2) Für jedes Modul wird durch den Fachbereich eine detaillierte Modulbeschreibung mit den konkreten Lerninhalten und Lernzielen erstellt und in einem Modulhandbuch zusammengefasst. Dieses wird im Fachbereich geführt, fachbereichsöffentlich vorgehalten und kann von den Studierenden eingesehen werden. Dabei orientiert sich die Modulbeschreibung an den jeweils gültigen Anforderungen der

2.1.4 Berufspraktische Module

(1) Zur Sicherung eines anwendungsorientierten Studiums können im Bachelor-Studienprogramm berufspraktische Module vorgesehen werden (s. Ziffer 2.1.1 Absatz 1), die auch im Ausland absolviert werden können. Diese haben eine von der Hochschule geregelte und betreute berufspraktische Tätigkeit, nach Möglichkeit in einem fortgeschrittenen Stadium des Studiums, zum Gegenstand. Die Besonderen Bestimmungen können hierzu Näheres regeln. Die Studierenden haben sich in eigener Verantwortung um eine entsprechende Stelle in der Praxis zu kümmern; eine Verpflichtung der Hochschule zur Beschaffung eines Platzes besteht nicht.

(2) Die Praxis kann dabei auch blockweise auf die vorlesungsfreie Zeit verteilt werden. In den Besonderen Bestimmungen kann ferner geregelt werden, dass Studierende einzelne Wochentage in der Praxis verbringen. Die genaue Anzahl der Credit-Points ist in den Besonderen Bestimmungen festzulegen. Die Modulbeschreibungen müssen erkennen lassen, welche Kompetenzen mit welchem Arbeitsaufwand in den Praxisteilen erworben werden.

(3) In Ausnahmefällen, insbesondere wenn ausreichend Praxisstellen nicht zur Verfügung stehen, oder in berufsintegrierten, dualen oder Teilzeitstudiengängen kann die betreute berufspraktische Tätigkeit durch eine andere, gleichwertige berufspraktische Tätigkeit oder durch gleichwertige Praxisprojekte ganz oder

(1) Das im siebten Semester stattfindende Praxismodul wird als Berufspraktische Tätigkeit bezeichnet. Näheres wird in der Anlage Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT) geregelt.

(2) Näheres siehe Anlage Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT).

teilweise ersetzt werden.

(4) Qualifizierte berufliche Tätigkeiten können angerechnet werden. Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss aufgrund eigener Sachkunde. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.

(5) Das Land Hessen bzw. die Hochschule RheinMain haftet nicht für entstandene Schäden bei berufspraktischen Tätigkeiten.

2.1.5 Credit-Points

(1) Credit-Points sind ein quantitatives Maß für die Gesamtbelastung der oder des Studierenden. Sie beziehen sich auf die Teilnahme an Veranstaltungen (Präsenzstudium), die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes, die Prüfungsvorbereitungen einschließlich Abschluss- und studienbegleitenden Arbeiten, den Prüfungsaufwand sowie die Praktika.

(2) Jedem Modul werden in den Prüfungsordnungen der Studiengänge Credit-Points (CP) zugeordnet. Zum Zweck der Notenermittlung sollen jeder Prüfungsleistung und jeder Studienleistung die entsprechenden Credit-Points oder Prozentzahlen zugeordnet werden. Basis ist das European Credit Transfer System (ECTS).

(3) Ein Modul soll mindestens einen Umfang von 5 Credit-Points aufweisen.

(4) Die Bachelor-Arbeit darf nicht weniger als 6 und nicht mehr als 12 Credit-Points umfassen. Ist ein Kolloquium vor-

(1) Ein Credit-Point steht für eine mittlere studentische Arbeitsbelastung (Workload) von 30 Stunden.

gesehen, so muss dessen Umfang in Credit-Points kleiner sein als der der Bachelor-Arbeit.

(5) Nach erfolgreichem Abschluss eines Moduls werden die entsprechenden Credit-Points getrennt von den erzielten Prüfungsergebnissen erfasst und ausgewiesen.

2.1.6 Umfang der Credit-Points

(1) Pro Studienjahr werden 60 Credit-Points vergeben, pro Semester in der Regel 30 Credit-Points. Der Umfang für einen Vollzeit-Bachelor-Studiengang soll bei einer Regelstudienzeit von 6 Semestern 180 Credit-Points, bei einer Regelstudienzeit von 7 Semestern 210 Credit-Points und bei einer Regelstudienzeit von 8 Semestern 240 Credit-Points betragen. Soweit die aktuellen Strukturvorgaben andere Regelungen vorsehen, sind diese vorrangig zu beachten.

(2) Bei Teilzeitstudiengängen sind die Credit-Points auf die längere Studiendauer anzupassen. Das Nähere ist in den Besonderen Bestimmungen zu regeln.

2.1.7 Studienziel

Nähere Angaben zum Studienziel werden in den Besonderen Bestimmungen festgelegt.

Der Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation befähigt die Absolventinnen und Absolventen zur Lösung grundlegender wie auch komplexer Aufgaben- und Problemstellungen in den primär rechnungswesensbezogenen und finanzwirtschaftlichen Bereichen der Betriebswirtschaftslehre sowie im Steuer- und Wirtschaftsrecht. Hierzu erwerben die Studierenden ein breites und integriertes Fachwissen einschließlich der

wissenschaftlichen Grundlagen auf dem aktuellsten Erkenntnisstand im Bereich nationales sowie internationales Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Rechnungs- und Prüfungswesen und Finanzierung. Dies geschieht im Blick auf Arbeitsgebiete in der Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung sowie im Bilanzierungsbereich großer und mittelständischer Unternehmen. Dazu erwerben die Studierenden auch die Kompetenzen, die sie nach Durchlaufen der erforderlichen Praxiserfahrung zur Ablegung berufsqualifizierender Examina zur Steuerberaterin bzw. zum Steuerberater und /oder zur Wirtschaftsprüferin bzw. zum Wirtschaftsprüfer qualifizieren. Die Absolventinnen und Absolventen verfügen über ein kritisches Verständnis der wichtigsten Methoden in den Fachgebieten des Studiengangs (Steuerrecht, Rechnungs- / Prüfungswesen, Finanzierung und Wirtschaftsrecht) und vermögen diese praxisbezogen interdisziplinär anzuwenden. Sie sind in der Lage, bereichstypische relevante Informationen zu sammeln, zu bewerten, zu interpretieren und daraus wissenschaftlich fundierte Urteile abzuleiten. Die Absolventinnen und Absolventen sind in der Lage, fachbezogene Positionen und Problemlösungen gegenüber Fachleuten und in interdisziplinären Teams argumentativ zu vertreten, neue Aufgaben verantwortlich zu übernehmen sowie dabei gesellschaftliche, wissenschaftliche und ethische Erkenntnisse zu berücksichtigen.

2.2 Bachelor-Prüfung und akademischer Grad

2.2.1 Bachelor-Prüfung

(1) Die Bachelor-Prüfung besteht aus allen für den Studiengang erforderlichen Modulen einschließlich des Moduls Bachelor-Thesis. Alle Module müssen bestanden werden.

(2) Die Bachelor-Prüfung dient der Feststellung, ob die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, ihr/sein Wissen auf ihre/seine Tätigkeit oder ihren/seinen Beruf anzuwenden und Problemlösungen und Argumente in ihrem Fachgebiet zu erarbeiten und weiter zu entwickeln. Darüber hinaus soll sie zeigen, ob die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist,

1. relevante Informationen, insbesondere in ihrem Studiengebiet zu sammeln, zu bewerten und zu interpretieren,
2. daraus wissenschaftlich fundierte Urteile abzuleiten, gesellschaftliche, wissenschaftliche und ethische Erkenntnisse zu berücksichtigen und selbstständig weiterführende Lernprozesse zu gestalten.

2.2.2 Bachelor-Grad

Auf Grund der bestandenen Bachelor-Prüfung verleiht die Hochschule den Bachelor-Grad entsprechend der Akkreditierung des Studiengangs und ggf. entsprechend der Systemakkreditierung der Hochschule.

Aufgrund der bestandenen Bachelor-Prüfung verleiht die Hochschule den akademischen Grad »Bachelor of Laws«.

2.3 Anrechnung von Leistungsnachweisen

(1) Studienzeiten, Prüfungs- und Studienleistungen sowie Module aus anderen Studiengängen werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind die gemeinsamen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(2) Ziffer 2.3 Absatz 1 gilt für eine an einer staatlich anerkannten Hochschule oder an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademie in einem akkreditierten Studiengang erworbenen Leistung entsprechend.

(3) Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Beim Fehlen von Äquivalenzvereinbarungen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(4) Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten sind bis maximal zur Hälfte der Gesamtanzahl der Credit-Points anzurechnen, soweit inhaltliche Gleichwertigkeit auf Modulebene besteht. Das Verfahren legt der jeweilige Prüfungsausschuss fest.

(5) Bei einem Studiengangswechsel werden Fehlversuche nicht mit in den neuen Studiengang übernommen. Dies gilt nicht in Fällen, in denen eine Studierende oder

ein Studierender sich im selben Studiengang an der Hochschule RheinMain exmatrikuliert und sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder immatrikuliert.

Bei einem Wechsel der Prüfungsordnung des Studiengangs entscheidet der Prüfungsausschuss über die Übernahme der Fehlversuche.

(6) Die Entscheidungen nach Ziffer 2.3 Absatz 1 bis 4 trifft der Prüfungsausschuss auf Grund eigener Sachkunde. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Die Studierenden haben sämtliche für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

3 Prüfungswesen

3.1 Prüfungsausschüsse

3.1.1 Zuständigkeit

Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen in den einzelnen Studiengängen sind die Prüfungsausschüsse der Fachbereiche zuständig. Die Verantwortlichkeit des Dekanats für die Studien- und Prüfungsorganisation (§ 45 Abs. 1 HHG) bleibt unberührt.

3.1.2 Aufgaben

(1) Den Prüfungsausschüssen obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Bestellung der Prüferinnen oder Prüfer und Beisitzerinnen oder Beisitzer (Prüfungskommission)
- Festlegung der Meldefristen für die Leistungsnachweise sowie deren Bekanntgabe
- Bestimmung der Termine der Prüfungs- und Studienleistungen sowie deren Bekanntgabe durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses; für Prüfungs- und Studienleistungen, deren zugehörige Lehrveranstaltungen jedes Semester angeboten werden, sind Prüfungstermine semesterweise anzubieten; für Prüfungs- und Studienleistungen, deren Lehrveranstaltungen nicht jedes Semester angeboten werden, sollen jedes

Semester Prüfungstermine angeboten werden, wobei über begründete Ausnahmen der Prüfungsausschuss entscheidet.

- Entscheidung über Prüfungszulassungen
- Festlegung der Fristen für die Bewertung der Prüfungs- und Studienleistungen durch die Prüfenden
- Überwachung der Einhaltung der Prüfungsordnungen
- Anrechnung von außerhalb des Studiengangs erbrachten Leistungen
- Entscheidungen über die Ablehnung von Prüfern und Prüferinnen wegen Besorgnis der Befangenheit
- Gewährung von besonderen Prüfungsbedingungen bei Kandidatinnen und Kandidaten mit körperlicher Beeinträchtigung

(2) Der Prüfungsausschuss hat ablehnende Bescheide schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

Der oder dem Studierenden ist vorher Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

3.1.3 Organisationsvorschriften

Organisationsvorschriften des Prüfungsausschusses finden sich in einer separaten Satzung der Hochschule RheinMain zur Organisation des Prüfungswesens, welche in den Amtlichen Mitteilungen der Hochschule veröffentlicht wird.

3.2 Prüfungskommissionen

(1) Für die Durchführung der mündlichen Prüfungen bildet der Prüfungsausschuss Prüfungskommissionen.

(2) Die Prüfungskommissionen bestehen bei Prüfungen in mehreren Fächern aus der entsprechenden Zahl von Prüferinnen und Prüfern (Kollegialprüfung), ansonsten aus einer Prüferin oder einem Prüfer und mindestens einer sachkundigen Beisitzerin oder einem sachkundigen Beisitzer.

(3) Der Beisitzerin/dem Beisitzer steht weder ein Bewertungs- noch ein Fragerecht zu. Sie/er hat nur ein auf den Ablauf der Prüfung bezogenes Beobachtungsrecht. Durch ihre/seine Anwesenheit soll die Ordnungsmäßigkeit des Prüfungsverfahrens sichergestellt werden. Ihr/ihm kann die Protokollierung der Prüfung übertragen werden.

(4) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen spätestens eine Woche vor Beginn der Prüfungen mindestens studiengangöffentlich durch Aushang bekannt. Die Zusammensetzung der Prüfungskommission kann in begründeten Fällen auch mit einer kürzeren Frist bekannt gegeben werden. Beisitzer können grundsätzlich zu einem späteren Zeitpunkt benannt werden. Die Datenschutzbestimmungen sind einzuhalten.

3.3 Bekanntgabe der Prüfungstermine

Prüfungstermine sind spätestens zwei Wochen vor Beginn der Prüfungen studiengangöffentlich durch schriftlichen Aushang am schwarzen Brett des jeweiligen Studiengangs oder elektronischen Aushang auf der Internetseite des betreffenden Fachbereichs oder über das Portal der Hochschule RheinMain unter dem jeweiligen Studiengang bekannt zu geben. Die Studierenden haben sich rechtzeitig über die konkrete Internetadresse zu informieren. Die genaue Prüfungszeit des jeweiligen Prüfungstermins darf in begründeten Fällen mit einer kürzeren Frist, maximal jedoch zwei Tage vor Prüfungsbeginn, bekanntgegeben werden.

3.4 Prüfungsberechtigung

Es gelten die entsprechenden Regelungen des Hessischen Hochschulgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

4 Modulprüfungen, Prüfungsleistungen, Studienleistungen und ihre Bewertung

4.1 Prüfungsleistungen, Studienleistungen

4.1.1 Prüfungsleistungen und Studienleistungen

(1) Ein Modul schließt in der Regel mit einer Prüfungsleistung ab. Hinzu können auch eine oder mehrere Studienleistungen kommen. Eine Aufteilung von Prüfungsleistungen in separate Teilprüfungsleistungen ist ausgeschlossen.

(2) Das Erbringen eines Leistungsnachweises ist in der Regel im Anschluss an die betreffende Lehrveranstaltung zu ermöglichen.

(3) Innerhalb eines Moduls können Studienleistungen als Voraussetzungen für den Erwerb einzelner Prüfungsleistungen gefordert werden.

(4) In den Besonderen Bestimmungen wird festgelegt:

1. Modulbezeichnungen/ Prüfungsfächer
2. Anzahl und mögliche Formen der Prüfungs- und Studienleistungen. Es können mehrere Prüfungsformen in den Besonderen Bestimmungen festgelegt werden, wobei die genaue Prüfungsform oder Kombination von Prüfungsformen zu Beginn der Lehrveranstaltung von der

(4) Zu Nr. 1: Die Modulbezeichnungen und Prüfungsfächer sind der Anlage Curriculum zu entnehmen.

Zu Nr. 2: Für jeden Leistungsnachweis ist in jedem Semester mindestens ein Termin während des oder im Anschluss an den Veranstaltungszeitraum des Semesters anzubieten. Die Anzahl der Prüfungs- und Studienleistungen sowie deren jeweils mögliche Formen sind der Anlage Curriculum zu entnehmen. Sämtliche Modulprüfungen mit Ausnahme der Berufs-

Dozentin oder vom Dozenten festgelegt und fachbereichsöffentlich bekannt gegeben werden muss. Die Besonderen Bestimmungen können auch vorsehen, dass Studierende aus zwei möglichen Prüfungsformen eine auswählen.

3. Bearbeitungszeiten für die Anfertigung schriftlicher Prüfungsarbeiten und die Dauer der mündlichen Prüfungen. Dabei können auch Zeitintervalle festgelegt werden, wobei die genaue Prüfungsdauer von der Prüferin oder dem Prüfer festgelegt wird. Bei individuellen Themenvergaben sind unterschiedliche Bearbeitungszeiten je nach Aufgabenstellung möglich, die vom Prüfungsausschuss in Abstimmung mit der Prüferin/dem Prüfer jeweils zu bestimmen und dem Prüfling mitzuteilen sind.
4. Voraussetzung für die Zulassung zu den Prüfungen (siehe auch Möglichkeit nach Ziffer 5.1 Absatz 1 Satz 5 und 6)
5. Anzahl der Credit-Points
6. Semesterzuordnung

praktischen Tätigkeit sind Prüfungsleistungen. Die Berufspraktische Tätigkeit ist eine Studienleistung und wird nicht benotet. Bei mehreren möglichen Prüfungsformen wird die genaue Prüfungsform oder Kombination von Prüfungsformen zu Beginn der Lehrveranstaltung von der Prüferin oder dem Prüfer in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss fachbereichsöffentlich durch schriftlichen Aushang am schwarzen Brett des Studiengangs oder auf der Internetseite des Fachbereichs Wiesbaden Business School unter dem Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation oder über das Portal der Hochschule unter dem Studiengang bekannt gegeben.

Zu Nr. 3: Siehe Anlage Curriculum. Sofern die Anlage Curriculum nichts anderes bestimmt, beträgt die Dauer einer Klausur 30 Minuten pro Semesterwochenstunde der zugehörigen Lehrveranstaltung, mindestens jedoch 60 Minuten. In jedem Fall muss die Klausurdauer ein Vielfaches von 30 Minuten betragen. Ersetzt die mündliche Prüfung eine Klausur von 60 Minuten Dauer, so beträgt die Prüfungsdauer je Kandidatin oder Kandidat mindestens 15 Minuten, bei einer Klausurdauer von 90 Minuten mindestens 20 Minuten und bei einer Klausurdauer von 120 und mehr Minuten mindestens 25 Minuten.

Setzt sich eine Modulprüfung neben einer Klausurleistung aus einer weiteren Prüfungsform zusammen, kann der Prüfungsausschuss eine Reduktion der Klausurdauer beschließen. Die verbleibende Bearbeitungsdauer darf dabei 60 Minuten nicht unterschreiten.

Zu Nr. 4: Die Voraussetzungen für die Zulassung zum Modul Bachelor-Thesis ergeben sich aus Ziffer 5.1. (2). Die Voraussetzungen für die Anmeldung und Zulassung zur Berufspraktischen Tätigkeit ergeben

sich aus der Anlage Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT). Eine Anmeldung zu den Prüfungen des vierten Semesters ist nur möglich, wenn aus den Modulen der ersten drei Semester mindestens 74 Credit-Points erreicht wurden. Eine Anmeldung zu den Prüfungen des fünften und sechsten Semesters ist nur möglich, wenn sämtliche Module der ersten drei Semester bestanden wurden. Zu Nr. 5 und Nr. 6 : Die Anzahl der Credit-Points sowie die Semesterzuordnung ergeben sich aus der Anlage Curriculum.

4.1.2 Studienleistungen

(1) Ziffer 4.1.1 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Nicht bestandene Studienleistungen können wiederholt werden. Bestandene Studienleistungen können nicht wiederholt werden.

4.1.3 Prüfungsformen für Prüfungs- und Studienleistungen

4.1.3.1 Prüfungsformen

(1) Prüfungen werden in der Regel, auch

in Kombination, in folgenden Formen erbracht:

- mündliche Prüfungen;
- Klausuren;
- Ausarbeitungen;
- Referate/Präsentationen;
- praktische oder künstlerische Tätigkeiten;

Näheres zu den Prüfungsformen kann in

den Besonderen Bestimmungen geregelt

(1) Als besondere Prüfungsformen sind insbesondere vorgesehen:

- Befähigungsprüfung (B): Sie erfolgt in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss. Sie besteht aus einer mündlichen und/oder praktischen Prüfung, wenn das Stoffgebiet eine entsprechende Prüfungsform nahe legt. Bei Praxisprojekten kann die Befähigungsprüfung auch aus einer Hausarbeit in Form einer Gruppenarbeit und/oder einer mündlichen Präsentation der Ergebnisse bestehen.

- Bildschirmtest (BT): Ein Bildschirmtest

werden.

Die vorgenannten Leistungsnachweise können – soweit möglich – auch in geeigneter digitaler Form gefordert werden.

Durch den Leistungsnachweis soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erfassen und Wege zu einer Lösung finden kann.

ist eine Prüfungsform, bei der eine praktische Tätigkeit softwaregestützt durchgeführt wird. Ergänzend können Kenntnisse in kleinem Umfang in schriftlicher Form abgefragt werden.

- Fremdsprachenprüfung (F): Die Prüfungs- und Studienleistungen in Fremdsprachen finden in Anlehnung an ein standardisiertes international anerkanntes Testverfahren oder durch eine schriftliche und/oder sprachpraktische Prüfung statt.

Wenn eine Präsentation oder Ausarbeitung als nichtselbstständige Prüfungsteilleistung in Kombination mit einer Klausur vorgesehen sind, kann die Präsentation oder Ausarbeitung mit einer Gewichtung von maximal 50% in die Bewertung der Prüfungs- oder Studienleistung eingehen. Wenn eine Präsentation mit einer Ausarbeitung kombiniert wird, geht die Präsentation mit bis zu 50% in die Bewertung ein.

Die nichtselbstständige Prüfungsteilleistung kann nur gewertet werden, wenn sich eine Studierende oder ein Studierender für die dazugehörige Modulprüfungs- oder -studienleistung angemeldet hat.

Ergänzt die nichtselbstständige Prüfungsteilleistung eine Klausur, so ist sie vor dieser abzulegen. Sie verfällt und ist erneut abzulegen, wenn die Klausur bis zum nächsten Angebot der Lehrveranstaltung nicht bestanden wurde.

4.1.3.2 Mündliche Prüfungen

(1) Mündliche Prüfungen werden als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung mit höchstens fünf Kandidatinnen oder Kandidaten abgelegt. Für den Fall, dass bei Prüfungskommissionen sich die Prüfer oder Prüferinnen bei einem Prüfling nicht auf

eine einheitliche Note einigen, so ermittelt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten. Es gilt Ziffer 4.2 entsprechend.

(2) Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass die Kandidatin oder der Kandidat die Prüferin oder den Prüfer oder eine Gruppe von Prüferinnen oder Prüfern vorschlägt, ein Anspruch auf Zuordnung der vorgeschlagenen Prüferin bzw. des vorgeschlagenen Prüfers besteht jedoch nicht.

(3) Zur mündlichen Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen. Dieses enthält die Dauer, die teilnehmenden Personen, den wesentlichen Verlauf und die Ergebnisse der Prüfung. Das Ergebnis der Prüfung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben und im Protokoll festzuhalten.

(4) Zu den mündlichen Prüfungen sollen Studierende desselben Studiengangs der Hochschule RheinMain nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen werden, wenn die Kandidatin oder der Kandidat damit einverstanden ist. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an den mündlichen Prüfungen als Zuhörerinnen und Zuhörer teilzunehmen. Kandidatinnen und Kandidaten desselben Prüfungszeitraums sind als Zuhörerinnen oder Zuhörer nicht zugelassen, es sei denn, es handelt sich bei der Prüfungsform um ein Kolloquium, an dem mehrere Studierende mitbeteiligt sind. Dies gilt auch für die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Bei der Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses sind Zuhörerinnen

oder Zuhörer ausgeschlossen.

(5) Findet die mündliche Prüfung in Form eines Fachgesprächs statt, so soll der Prüfling durch diese Prüfungsform zeigen, dass er fachbezogene Probleme und deren Lösungen darstellen und die hierzu relevanten fachlichen Hintergründe aufzeigen und begründen kann.

Das Fachgespräch wird mündlich geführt – ggf. unter Hinzunahme projektspezifischer Inhalte wie z.B. Software, Dokumentation oder Versuchsaufbau. Intention des Fachgesprächs ist nicht die reine Wissensabfrage. Ausgehend von einem konkreten Projekt, das im Rahmen einer Lehrveranstaltung erarbeitet wurde, wird das Projektergebnis im Gespräch mit dem Prüfling auch diskutiert und erläutert. Bestandteil des Fachgesprächs sind daher sowohl die Vorstellung der Ergebnisse als auch eine offene Diskussion zum Projektverlauf.

Ziffer 4.1.3.2 Absatz 3 gilt entsprechend.

4.1.3.3 Klausuren im Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple Choice)

Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass Klausuren in Form von Antwort- Wahl-Verfahren (Multiple Choice) ganz oder teilweise ausgestaltet werden. Dabei müssen folgende Voraussetzungen eingehalten werden:

- Diese Form der Klausur kann nur zur Abprüfung von Grundkenntnissen eingesetzt werden. Die Prüfungsfragen müssen auf die in dem jeweiligen Studiengang allgemein erforderlichen Kenntnisse abgestellt sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen.
- Alle möglichen Lösungen müssen vorausgesehen und die Aufgaben so formuliert sein, dass sie verständlich, widerspruchsfrei und eindeutig

Klausuren können in Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple Choice) gestellt werden. Das Antwort-Wahl-Verfahren darf dabei höchstens 50 Prozent der notenrelevanten Punkte der Klausur umfassen. Zur Referenzgruppe gehören die Prüflinge, die erstmals an der Prüfung teilgenommen haben. Die Klausurteile nach Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple Choice) und die übrigen Klausurteile werden getrennt bewertet. Sodann wird das arithmetische Mittel auf der Grundlage der prozentualen Anteile gebildet und die Note nach Tabelle B bestimmt.

tig sind und jeweils nur eine richtige Lösung zulassen. Insbesondere darf neben derjenigen Lösung, die in der Bewertung als richtig vorgegeben worden ist, nicht auch eine andere Lösung vertretbar sein. Der Prüfungsausschuss hat dies durch ein geeignetes Verfahren sicherzustellen.

- Aufgaben, die sich in diesem Sinne als ungeeignet erweisen, werden von der Bewertung ausgenommen. Antworten, die zwar nicht dem Lösungsmuster entsprechen, aber dennoch vertretbar sind, werden zu Gunsten des Prüflings anerkannt.

Die Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 60% der gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet hat, oder wenn die Zahl der von ihm zutreffend beantworteten Fragen um nicht mehr als 22% die durchschnittlichen Prüfungsleistungen der Prüflinge unterschreitet, die einer in den Besonderen Bestimmungen näher zu bezeichnenden Referenzgruppe angehören.

4.1.3.4 Gruppenarbeiten

Bei Gruppenarbeiten müssen die individuellen Leistungen deutlich abgrenzbar und bewertbar sein.

4.1.4 Nachteilsausgleich für Kandidatinnen und Kandidaten mit körperlicher Beeinträchtigung

Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat vor Ende der Anmeldefrist zur Prüfung beim Prüfungsausschuss schriftlich glaubhaft, dass wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Beeinträchtigung die Prüfung ganz oder teilweise nicht in dem vorgesehenen Bearbeitungszeitraum oder in der vorgesehe-

nen Form erbracht werden kann, kann der Prüfungsausschuss gestatten, die Prüfung in einer verlängerten Bearbeitungszeit, mit angemessenen Hilfsmitteln oder in einer anderen Form zu erbringen. Zur Glaubhaftmachung kann ein ärztliches oder in Zweifelsfällen ein amtsärztliches Attest gefordert werden. Eine Kostenerstattung für die vorgenannten Nachweise erfolgt nicht.

4.1.5 Bachelor-Thesis

4.1.5.1 Ziel

Das Modul Bachelor-Thesis soll zeigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Fachgebiet ihres oder seines Studienganges selbstständig nach wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Methoden zu bearbeiten. Das Modul Bachelor-Thesis beinhaltet die Prüfungsleistung Bachelor-Arbeit und - soweit vorgesehen – die Prüfungsleistung Bachelor-Kolloquium.

Das Thema der Bachelor-Arbeit muss aus einem der Kerngebiete (Steuerrecht, Rechnungs- / Prüfungswesen, Finanzierung und Wirtschaftsrecht (incl. Arbeitsrecht)) des Studiengangs stammen.

4.1.5.2 Betreuung der Bachelor-Arbeit

Die Bachelor-Arbeit kann von jeder Professorin oder jedem Professor des Studienganges/des Studienbereiches ausgegeben und betreut werden (Referentin/Referent). Professorinnen und Professoren anderer Studiengänge/Studienbereiche und andere prüfungsberechtigte Personen können dies auf Antrag beim Prüfungsausschuss und nach dessen Genehmigung ebenfalls tun. Gehört die Referentin oder der Referent nicht dem Studiengang/Studienbereich an, so muss die Korreferentin oder der Korreferent dem Studiengang/Studienbereich angehören.

4.1.5.3 Ausgabe, Rückgabe und Abgabe der Bachelor-Arbeit

(1) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der Kandidatin oder dem Kandidaten rechtzeitig zu dem festgelegten Termin das Thema der Arbeit, die Referentin oder der Referent und die Korreferentin oder der Korreferent zugeteilt werden; diese sind ihr oder ihm mitzuteilen. Die Bachelor-Arbeit kann zusätzlich zur schriftlichen Ausarbeitung auch praktische Anteile umfassen. Mit der Bekanntgabe des Themas beginnt die hierfür festgesetzte Bearbeitungszeit.

(2) Der Zeitpunkt der Ausgabe der Arbeit, Thema der Arbeit, Bearbeitungsdauer, Name der/des Studierenden, Name der Referentin oder des Referenten und Name der Korreferentin oder des Korreferenten sind aktenkundig zu machen.

(3) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden, ohne dass dies als Nichtbestehen der Bachelor-Arbeit gilt. Wird die Bachelor-Arbeit zurückgegeben oder wiederholt, ist eine erneute Anmeldung erforderlich und eine Rückgabe nur zulässig, wenn die Kandidatin oder der Kandidat von dieser Möglichkeit noch keinen Gebrauch gemacht hat.

(4) Die Bachelor-Arbeit ist fristgemäß bei der in den Besonderen Bestimmungen genannten Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Die Fachbereiche können in den Besonderen Bestimmungen ergänzende Regelungen treffen. Wird die Bachelor-Arbeit nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

(4) Die Bachelor-Arbeit ist fristgemäß beim Prüfungsamt des Fachbereichs Wiesbaden Business School abzugeben, in den Fristenbriefkasten des Fachbereichs Wiesbaden Business School einzuwerfen oder dem Prüfungsamt des Fachbereichs Wiesbaden Business School auf dem Postweg zu übersenden. Im letzteren Fall entscheidet über die termingerechte Abgabe das Datum des

Poststempels.

4.1.5.4 Form der Bachelor-Arbeit

(1) Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass die Bachelor-Arbeit auch in Form einer Gruppenarbeit mit höchstens fünf Teilnehmerinnen oder Teilnehmern angefertigt werden kann, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderer objektiver Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderung nach Ziffer 4.1.5.1 Satz 1 erfüllt.

(2) Die Besonderen Bestimmungen regeln, in welcher Form und Sprache die Bachelor-Arbeit abgegeben werden darf (Papier, CD-ROM, Videoband, Objekt oder ähnliches). Sie können insbesondere vorsehen, dass die Arbeit zusätzlich zu einer anderen Abgabeform auch in einer digitalen Form einzureichen ist. Eine elektronische Überprüfung auf Plagiate ist zulässig.

(3) Bei der Abgabe der Bachelor-Arbeit hat die Kandidatin oder der Kandidat schriftlich zu versichern, dass sie oder er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit ihren oder seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(2) Die Bachelor-Arbeit ist in drei Exemplaren in ausgedruckter, gebundener Form sowie in einfacher Ausfertigung auf einem dauerhaften elektronischen Datenträger abzugeben. Die Versicherung gemäß Ziffer 4.1.5.4 Absatz 3 ist entsprechend dem Muster aus der Anlage Versicherung in die drei Exemplare einzubinden.

4.1.5.5 Bearbeitungszeit der Bachelor-Arbeit

Die Besonderen Bestimmungen legen die Bearbeitungszeit für die Bachelor-Arbeit fest. Diese beträgt – entsprechend der Anzahl der vorgesehenen Credit-Points des Moduls Bachelor- Thesis – mindestens vier Wochen und höchstens drei Monate.

Bei Arbeiten, die in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden oder bei experimentellen Arbeiten oder wenn neben der Bachelor-Arbeit noch Lehrveranstaltungen stattfinden, kann der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Referentin oder dem Referenten und der Korreferentin oder dem Korreferenten den Bearbeitungszeitraum workloadneutral verlängern, höchstens jedoch um drei Monate.

Das Thema der Arbeit muss so beschaffen sein, dass es innerhalb der jeweils vorgesehenen Bearbeitungszeit bearbeitet werden kann.

Die Bearbeitungszeit der Bachelor-Arbeit beträgt neun Wochen. Die Abgabefrist endet mit demselben Wochentag der Themenvergabe um 24 Uhr. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit dem Ablauf dieses Tages (§ 31 Absatz 3 Satz 2 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz).

4.1.5.6 Bachelor-Kolloquium

(1) Die Besonderen Bestimmungen können ein Bachelor-Kolloquium vorsehen.

(2) Ein Bachelor-Kolloquium ist eine mündliche Prüfung in der Ausgestaltung eines Fachgesprächs über den Gegenstand der Bachelor-Arbeit. Die Dauer legt der Fachbereich in den Besonderen Bestimmungen fest, wobei 15 Minuten je Kandidatin oder Kandidat nicht unterschritten werden dürfen. Prüfungsberechtigt im Bachelor-Kolloquium sind die Referentin/ der Referent und die Korreferentin/der Korreferent.

(3) Die Dauer, die teilnehmenden Personen, der wesentliche Verlauf und die Er-

gebnisse des Bachelor-Kolloquiums sind zu protokollieren.

(4) Das Bachelor-Kolloquium ist in der Regel hochschulöffentlich. Dies gilt nicht für die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

(5) Für den Fall, dass die Bachelor-Arbeit in Form einer Gruppenarbeit erbracht wurde, kann das Bachelor-Kolloquium auch als Gruppenprüfung durchgeführt werden, wobei auch hier die Anforderungen von Ziffer 4.1.5.4 Absatz 1 sinngemäß gelten. Der Prüfungsablauf ist mindestens zwei Wochen vor dem Prüfungstermin verbindlich bekanntzugeben.

4.1.5.7 Bewertung und Ergebnisbekanntgabe

(1) Bachelor-Arbeiten sollen von der Referentin oder dem Referenten und der Korreferentin oder dem Korreferenten innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Arbeit bewertet werden.

(2) Über das Ergebnis der Bachelor-Arbeit ist von der Referentin oder dem Referenten und von der Korreferentin oder dem Korreferenten eine Bewertung mit schriftlicher Begründung anzufertigen. Ziffer 4.2 Absatz 1-3 gilt entsprechend.

4.2 Bewertung der Leistungen, Bildung der Modulnote und Bildung der Gesamtnote

(1) Für die Bewertung einer Prüfungs- oder Studienleistung, inklusive der Bachelor-Arbeit und des Bachelor-Kolloquiums,

werden die Noten der Tabelle A vergeben.

(2) Bei der Notenermittlung wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(3) Die Tabelle A gilt auch, wenn eine Prüfungs- oder Studienleistung von mehreren Prüfern bewertet wird. Können sich die Prüfer in diesem Fall nicht auf eine Note einigen, wird das arithmetische Mittel der vergebenen Einzelnoten gebildet und nach Tabelle B den Noten zugeordnet. Die Besonderen Bestimmungen können in letzterem Fall alternativ die Hinzuziehung einer Drittprüferin oder eines Drittprüfers vorsehen und die Notenermittlung für diesen Fall regeln.

(3) Wird eine Prüfungsleistung von zwei Prüferinnen oder Prüfern bewertet und können diese sich nicht auf eine Note einigen und weichen ihre Noten um mehr als eine ganze arithmetische Notenstufe voneinander ab oder ist eine Note 5,0, wird von der oder dem Prüfungsausschussvorsitzenden eine Drittprüferin oder ein Drittprüfer bestellt. Das Ergebnis wird dann arithmetisch aus allen drei Bewertungen gebildet. Kommen zwei Prüferinnen oder Prüfer zu einer besseren Note als 5,0, so ist die Prüfungsleistung unabhängig vom rechnerischen Ergebnis mindestens mit 4,0 bestanden. Kommen zwei Prüferinnen oder Prüfer zur Note 5,0, so ist die Prüfungsleistung unabhängig vom rechnerischen Ergebnis nicht bestanden.

Notenwert	Note in Worten	Definition
1,0 1,3	sehr gut	eine hervorragende Leistung
1,7 2,0 2,3	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
2,7 3,0 3,3	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
3,7 4,0	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Anforderungen noch genügt
5,0	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

Tabelle A: Bewertung einer Prüfungs- oder Studienleistung

Mittelwert	Notenwert		
1,0 1,1 1,2 1,3 1,4 1,5	1,0 1,0 1,3 1,3 1,3 1,3	sehr gut	eine hervorragende Leistung
1,6 1,7 1,8 1,9 2,0 2,1 2,2 2,3 2,4 2,5	1,7 1,7 1,7 2,0 2,0 2,0 2,3 2,3 2,3 2,3	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
2,6 2,7 2,8 2,9 3,0 3,1 3,2 3,3 3,4 3,5	2,7 2,7 2,7 3,0 3,0 3,0 3,3 3,3 3,3 3,3	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
3,6 3,7 3,8 3,9 4,0	3,7 3,7 3,7 4,0 4,0	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Anforderungen noch genügt
4,1 4,2 4,3 4,4 4,5 4,6 4,7 4,8 4,9 5,0	5,0 5,0 5,0 5,0 5,0 5,0 5,0 5,0 5,0 5,0	nichtausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

Tabelle B: Berechnung der Note einer Prüfungs- oder Studienleistung durch mehrere Prüfer bei unterschiedlichen Bewertungsergebnissen

(4) In begründeten Fällen können die Module anstelle einer Prüfung auch mit dem erfolgreichen Abschluss beendet werden. Dieses Ergebnis bleibt bei der Abschlussnotenberechnung unberücksichtigt.

(5) Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Prüfungs- und ggf. Studienleistungen, so wird die Modulnote aus dem gewichteten arithmetischen Mittel der Noten der einzelnen Prüfungs- und Studienleistungen errechnet, wobei jede Prüfungs- oder Studienleistung für sich bestanden sein muss. Die Gewichtungen werden in den Besonderen Bestimmungen festgelegt.

(6) Die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung wird aus dem gewichteten arithmetischen Mittel aller Modulnoten einschließlich des Moduls Bachelor-Thesis gebildet. Die Gewichtungen werden in den Besonderen Bestimmungen festgelegt. Es werden dabei nur die Module berücksichtigt, die zum Erreichen der Gesamtzahl der Credit-Points des Studiengangs erforderlich sind.

(7) Bei der Bildung der Note einer aus mehreren Prüfungs- und ggf. Studienleistungen bestehenden Modulprüfung sowie bei der Bildung der Gesamtnote der Bachelor-Prüfung wird beim Ergebnis immer nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundungen gestrichen. Eine weitere Rundung auf die in Tabelle A aufgeführten Noten erfolgt nicht. Der Notenwert entspricht den in Tabelle C aufgeführten Noten in Worten.

(5) Die Modulnote wird als arithmetisches Mittel aus den Noten der zugehörigen Prüfungs- und ggf. Studienleistungen nach Credit-Points gewichtet ermittelt.

(6) In die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung gehen alle benoteten Module der Semester vier bis acht gewichtet mit ihren jeweiligen Credit-Points und das Modul Bachelor-Thesis gewichtet mit dem Doppelten seiner Credit-Points ein.

Notenwert	Note in Worten	Definition
1,0 1,1 1,2 1,3 1,4 1,5	sehr gut	eine hervorragende Leistung
1,6 1,7 1,8 1,9 2,0 2,1 2,2 2,3 2,4 2,5	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
2,6 2,7 2,8 2,9 3,0 3,1 3,2 3,3 3,4 3,5	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
3,6 3,7 3,8 3,9 4,0	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Anforderungen noch genügt

Tabelle C: Werte von Modulnoten und der Gesamtnote

(8) Bei überragenden Leistungen in der Bachelor-Prüfung kann zusätzlich zur Gesamtnote das Prädikat „mit Auszeichnung bestanden“ erteilt werden. Sofern davon Gebrauch gemacht werden soll, müssen die Besonderen Bestimmungen hierzu Näheres regeln.

(9) Zusätzlich zur Gesamtnote wird im Diploma Supplement der ECTS-Rang entsprechend der nachfolgenden ECTS-Bewertungsskala ausgewiesen:

- A die besten 10%
- B die nächsten 25%
- C die nächsten 30%
- D die nächsten 25%
- E die nächsten 10%

Grundlage der Berechnung des ECTS-Rangs sind die Abschlussnoten nach der deutschen Notenskala mit einer Nachkommastelle von 1,0 bis 4,0 der Absolventinnen und der Absolventen des jeweiligen Studiengangs, die während der 6 dem Semester der letzten Prüfung vorhergehenden Semester ihr Studium erfolgreich beendet haben. Die Gruppengröße zur Berechnung des ECTS-Rangs umfasst mindestens 30 Absolventinnen und Absolventen. Wird diese Gruppengröße innerhalb von 6 Semestern nicht erreicht, ist der Zeitraum semesterweise zu verlängern, bis die erforderliche Gruppengröße erreicht ist. Der ECTS-Rang wird erstmalig ausgewiesen, wenn die beschriebenen Voraussetzungen vorliegen.

Im Falle von Notengleichheit wird der jeweils bessere Rang vergeben.

4.3 Festsetzung der Note bzw. Ergebnisse

(1) Die Noten bzw. Ergebnisse für die einzelnen Prüfungs- und Studienleistungen werden unverzüglich von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern im Rahmen des vom Prüfungsausschuss nach Ziffer 3.1.2 Absatz 1 Nr. 5 zu bestimmenden Terminplans festgesetzt.

(2) Die Bachelor-Prüfung ist bestanden, wenn sämtliche Modulprüfungen des Ba-

chelorstudiums inklusive des Moduls Bachelor-Thesis mindestens „ausreichend“ sind.

4.4 Notenbekanntgabe

(1) Die Ergebnisse sämtlicher Leistungsnachweise werden unverzüglich bekannt gegeben. Die Notenbekanntgabe erfolgt durch das elektronische Prüfungssystem der Hochschule RheinMain, ersatzweise durch schriftliche Mitteilung oder studienengangsöffentlichen Aushang in pseudonymisierter Form am schwarzen Brett des jeweiligen Studiengangs. Die Bekanntgabe ist jeweils aktenkundig zu machen.

(2) Im Falle des endgültigen Nichtbestehens erfolgt ein schriftlicher Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

(3) Die schutzwürdigen Interessen der Betroffenen und die allgemeinen datenschutzrechtlichen Regelungen sind jeweils zu beachten.

5 Zulassungen zu Prüfungen

5.1 Antrag auf Zulassung, beizufügende Dokumente und Beteiligung der Studierenden

(1) Die Fachbereiche legen in den Besonderen Bestimmungen fest, in welchem Studiensemester die Studentin oder der Student den Antrag auf Zulassung zu den Prüfungs- und Studienleistungen stellen soll. Die Anmeldefristen für die Teilnahme an den Prüfungs- und ggf. Studienleistungen werden spätestens ab Vorlesungsbeginn fachbereichsöffentlich durch Aushang am schwarzen Brett des Studiengangs oder auf der Internetseite oder über das Portal der Hochschule unter dem jeweiligen Studiengang bekannt gegeben. Die Studierenden haben sich rechtzeitig über die konkrete Internetadresse zu informieren.

Im Regelfall sind die Studierenden zu den Wiederholungsterminen automatisch angemeldet (Ziffer 7.3).

Prüfungsvoraussetzungen können so gestaltet werden, dass ein zügiger Studienverlauf gefördert wird (Fortschrittsregelung). In diesen Fällen kann auf eine automatische Anmeldung verzichtet werden (siehe Ziffer 7.3).

Der Antrag auf Zulassung erfolgt über das elektronische Anmeldesystem der Hochschule RheinMain, ersatzweise schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Die Fristen sind so zu bemessen, dass die Regelstudienzeiten eingehalten werden kön-

(1) Die erstmalige Anmeldung zu den Prüfungs- und Studienleistungen soll gemäß Anlage Curriculum erfolgen. Die Anmeldefristen sind Ausschlussfristen. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die oder der Studierende die Anmeldefrist nicht eingehalten hat. Die Anmeldung gilt bindend für den unmittelbar folgenden Prüfungstermin.

Während eines Urlaubssemesters ist eine erstmalige Anmeldung zu Prüfungs- und Studienleistungen, die dem gleichen Semester zugerechnet werden, nicht möglich. Dies gilt nicht, soweit eine Ausnahme nach § 8 Abs. 3 Satz 4 der Hessischen Immatrikulationsverordnung in seiner jeweils gültigen Fassung vorliegt.

Die Zulassung zu Prüfungs- und Studienleistungen nach Absolvieren der Berufspraktischen Tätigkeit ist nur möglich, wenn die Bescheinigung (§ 8 Absatz 3 b der Anlage Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT)) und der Bericht (§ 9 Absatz 2 e der Anlage Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT)) der oder des Studierenden bis spätestens sechs Wochen nach Beendigung der Berufspraktischen Tätigkeit nachgereicht worden sind. Andernfalls ruht der Prüfungsanspruch, bis diese Unterlagen vorgelegt wurden, es sei denn, die oder der Studierende weist nach, dass sie oder ihn

nen. Vom Zeitpunkt der Antragstellung bis zum Abschluss der Bachelor- Prüfung muss die Studentin oder der Student an der Hochschule RheinMain im entsprechenden Studiengang immatrikuliert sein.

(2) Der Antrag auf Zulassung zum Modul Bachelor-Thesis ist schriftlich an die Vor-

sitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem An-

trag auf Zulassung ist zudem der Nach-

weis über den Erwerb der in den Besonderen Bestimmungen festgelegten, für die Zulassung benötigten Module oder Credit-Points, beizufügen.

kein Verschulden an der Verspätung trifft. Liegen der Bericht und die Bescheinigung auch zwei Jahre nach Ende der Berufspraktischen Tätigkeit nicht vor, erlischt der Prüfungsanspruch insgesamt und die oder der Studierende ist zu exmatrikulieren.

(2) Zum Modul Bachelor-Thesis wird nur zugelassen, wer folgende Vorleistungen erbracht hat:

- Es wurden mindestens 150 Credit-Points aus den Modulen der ersten sechs Semester erbracht.

- Das Modul Projektarbeit Methodenlehre wurde bestanden.

- Die Berufspraktische Tätigkeit wurde abgeleistet und nachgewiesen durch Vorlage der Bescheinigung und des Berichts der oder des Studierenden gemäß Anlage Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT).

Eine Zulassung zur Arbeit kann auf Antrag und nach Genehmigung durch den Prüfungsausschuss unter Vorbehalt erfolgen, wenn bis zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Bachelor-Arbeit noch nicht die komplette Berufspraktische Tätigkeit absolviert ist, aber aus dem Praktikumsvertrag ersichtlich ist, dass bis zum Zeitpunkt des letztmöglichen Vergabetermins des Themas der Bachelor-Arbeit die Berufspraktische Tätigkeit abgeleistet werden kann. Wird der Vorbehalt nicht fristgerecht erfüllt, so wird die oder der Studierende schriftlich darüber informiert, dass die Zulassung abgelehnt wird. Das Thema der Bachelor-Arbeit ist dann zurückzugeben. Die automatische Anmeldung gilt bei Versagen der Zulassung nicht; eine erneute Anmeldung ist erforderlich.

5.2 Zulassung

5.2.1 Entscheidung über Zulassung

(1) Die Zulassung nach Ziffer 5.1 Absatz 1 erfolgt über das elektronische Anmeldesystem der Hochschule RheinMain ersatzweise schriftlich durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(2) Die Zulassung zum Modul Bachelor-Thesis erfolgt durch den Prüfungsausschuss.

5.2.2 Ablehnung der Zulassung

Die Zulassung zu einem Modul oder einer Prüfungs- oder Studienleistung ist abzulehnen, wenn die Studentin oder der Student

1. den nach Ziffer 5.1 erforderlichen Antrag nicht form- oder fristgerecht stellt,
2. die in Ziffer 5.1 Absatz 2 genannten Unterlagen nicht oder nicht vollständig einreicht.

Bei nichtbestandener Bachelor-Arbeit entfällt rückwirkend die Zulassung zum Bachelor- Kolloquium.

5.2.3 Ausnahmen für ausländische Studierende

Für Studierende ausländischer Partnerhochschulen, die im Rahmen eines Studierendenaustausches nur befristet immatrikuliert sind, kann der zuständige Prüfungsausschuss Ausnahmen von den Bestimmungen unter Ziffer 5.1 und 5.2 zulassen.

6 Nichtbestehen, Versäumnis, Rücktritt und Täuschung

6.1 Nichtbestehen

(1) Eine Prüfungs- oder Studienleistung ist nicht bestanden, wenn sie nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden ist.

(2) Die in einer Gruppenarbeit erbrachten Einzelleistungen führen außerdem dann zu einem Nichtbestehen, wenn sie den Anforderungen nach Ziffer 4.1.3.4 und Ziffer 4.1.5.4 Absatz 1 nicht entsprechen.

6.2 Versäumnis, Rücktritt und Fristverlängerung

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem Prüfungstermin aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen nach verbindlicher Anmeldung nicht erscheint oder der von dem Prüfungsausschuss festgesetzte Wiederholungszeitraum abgelaufen ist. Gleiches gilt, wenn ein Abgabetermin versäumt wurde.

(2) Der Rücktritt von einer Prüfungs- oder Studienleistung, die bereits angetreten wurde, hat die Erteilung der Note „nicht ausreichend“ zur Folge, es sei denn, der Rücktritt erfolgt aus von der oder dem

Studierenden nicht zu vertretenden Gründen. Mit Ausgabe der Aufgabenstellung ist die Prüfungs- oder Studienleistung angetreten.

(3) Im Übrigen können die Besonderen Bestimmungen Fristen festlegen, zu denen ein Rücktritt vor Antritt einer Prüfungs- oder Studienleistung ohne Angabe von Gründen möglich ist.

(4) Bleibt die/der Studierende dem Prüfungstermin fern, tritt sie/er von der Prüfung zurück oder versäumt sie/er für die Prüfung festgesetzte Fristen, so sind die geltend gemachten Gründe dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich unter Angabe der betreffenden Prüfung vom Prüfling anzuzeigen und nachzuweisen.

(5) Der Nachweis der Gründe muss bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten bzw. eines von ihr/ihm zu betreuenden Kindes durch Vorlage eines ärztlichen Attestes erfolgen, welches mindestens Ausführungen über die Art der Krankheitssymptome bzw. die Art der Leistungsminderung beinhaltet, soweit dies zur Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit bzw. der Betreuungsbedürftigkeit durch die Hochschule erforderlich ist. In begründeten Zweifelsfällen kann der Prüfungsausschuss auch die Vorlage eines entsprechenden amtsärztlichen Attestes, ansonsten die Vorlage einer amtlichen (behördlichen) Bescheinigung

(3) Hat sich die oder der Studierende zu einer Prüfungsleistung angemeldet, so kann sie oder er über das Prüfungsportal der Hochschule bis zu sieben Tage vor dem Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen von der Anmeldung zurücktreten. Als Prüfungstermin in diesem Sinne gilt der Tag, an welchem die Aufgabenstellung ausgegeben wird. Ein Rücktritt ohne Angabe von Gründen ist nur im Erstversuch möglich. Für die Bachelor-Arbeit gilt jedoch Ziffer 4.1.5.3 (3) ABPO.

(5) Ab einer Gesamtverlängerung der Bearbeitungszeit der Bachelor Arbeit von mehr als 14 Tagen ist ein amtsärztliches Attest vorzulegen.

fordern. Im Falle der Krankheit einer oder eines pflegebedürftigen anderen nahen Angehörigen muss der/die Studierende sowohl die Pflegebedürftigkeit als auch die Übernahme der Pflege mit amtlichem Zeugnis nachweisen. Eine Kostenübernahme für die geforderten Nachweise erfolgt nicht.

(6) Der Prüfungsausschuss entscheidet darüber, ob es sich um Gründe handelt, die die Kandidatin oder der Kandidat zu vertreten hat und ob die entsprechende Prüfung als nicht bestanden gilt. Wenn die Kandidatin oder der Kandidat die Gründe nicht zu vertreten hat, gilt die Prüfung als nicht angetreten, der Prüfungsausschuss gewährt eine neue Prüfungsmöglichkeit oder eine Fristverlängerung. Die Besonderen Bestimmungen können eine maximale Fristverlängerung vorsehen.

(7) Details zu den Regelungen zur Prüfungsteilnahme während der Mutterschutzfristen sind in den Fachbereichen erhältlich.

(8) Gleichfalls sind die Fristen der Elternzeit nach Maßgabe des jeweiligen Gesetzes auf Nachweis zu berücksichtigen. Die Studierende oder der Studierende muss bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem sie oder er die Elternzeit antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, zu welchem Zeitraum sie oder er Elternzeit in Anspruch nehmen will. Der Prüfungsausschuss teilt der oder dem Studierenden das Ergebnis sowie die neu festgesetzten Prüfungszeiten unverzüglich mit. Die Bearbeitungszeit der Bachelor-Arbeit oder Master-Arbeit kann nicht durch Elternzeit unterbrochen werden. Die gestellte

(6) Die maximal mögliche Fristverlängerung beträgt zwei Monate.

Arbeit gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf der Elternzeit erhält die Studierende oder der Studierende ein neues Thema.

6.3 Täuschung und Ordnungsverstöße

(1) Versucht die Kandidatin oder der Kandidat das Ergebnis ihrer oder seiner Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung, die Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel oder durch das Aneignen fremder geistiger Leistung (Plagiat) zu beeinflussen, wird die Prüfungsleistung oder Studienleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet.

(2) Mobiltelefone (z.B. Handys, Smartphones) oder andere elektronische Geräte, soweit diese nicht ausdrücklich zugelassen sind, dürfen im Prüfungsraum nur in ausgeschaltetem Zustand sowie außerhalb der Reichweite mitgeführt werden und sind auf Verlangen bei der Aufsicht abzugeben. Das unerlaubte Mitführen dieser unzulässigen Hilfsmittel wird als Täuschungsversuch gewertet. Die entsprechende Prüfungs- oder Studienleistung wird mit „nicht ausreichend“ bewertet.

(3) Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung - trotz Aufforderung der aufsichtführenden Person dies zu unterlassen – stört, kann von der aufsichtführenden Person von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; im Falle des Ausschlusses wird die entsprechende Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet. Wird eine Kandidatin oder ein Kandidat von der weiteren Erbringung dieser Prüfung ausgeschlossen, kann sie oder er

verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Das weitere Verfahren wird in Ziffer 9 geregelt.

(4) Im Falle eines mehrfachen oder schwerwiegenden Täuschungsversuches kann die oder der zu Prüfende exmatrikuliert werden. Die Besonderen Bestimmungen können weitere Sanktionsmöglichkeiten für die unter Ziffer 6.3 Absatz 1, 2 und 3 beschriebenen Fälle vorsehen.

(5) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei der Prüfung getäuscht und wird dies erst nach der Aushändigung der Abschlussdokumente (Urkunde, Zeugnis usw.) bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für die Prüfungs- oder Studienleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin oder der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung für „nicht bestanden“ erklären.

(6) Die durch Täuschung erworbenen Abschlussdokumente (Urkunde, Zeugnis usw.) sind einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Ziffer 6.3 Absatz 5 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

(4) Als mehrfacher Täuschungsversuch gilt, wenn die Kandidatin oder der Kandidat mindestens zwei Mal gegen Absatz 1 und 2 verstoßen hat. Als schwerwiegend sind insbesondere Versuche der Kandidatin oder des Kandidaten anzusehen, das Ergebnis von Hausarbeiten oder Bachelor-Arbeit durch nicht als Zitat kenntlich gemachte Übernahme wesentlicher Teile anderer Werke zu beeinflussen.

7 Wiederholung von Prüfungsleistungen

7.1 Nichtwiederholbarkeit bestandener Prüfungsleistungen

Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden.

7.2 Wiederholung

Nichtbestandene Prüfungsleistungen können zweimal wiederholt werden.

Für Wahlpflichtmodule kann in den Besonderen Bestimmungen festgelegt werden, dass nach einer erstmalig erfolglosen Prüfungsleistung die Festlegung auf ein Wahlpflichtmodul durch die Studierende oder den Studierenden durch Antrag an den Prüfungsausschuss widerrufen werden kann. Diese Möglichkeit kann einmalig genutzt werden. Dies gilt nicht, wenn das Modul bereits erfolgreich abgeschlossen wurde.

Prüfungsleistungen, die nicht mehr wiederholt werden können, sind von zwei Prüfenden zu bewerten. Ziffer 4.2 bleibt hiervon unberührt.

Eine zweite Wiederholung der Bachelor-Arbeit und – soweit vorgesehen – des Bachelor-Kolloquiums ist ausgeschlossen.

In Prüfungen, die nur in Form von Klausuren abgenommen werden, kann in den Besonderen Bestimmungen vorgesehen werden, dass die letztmalige Wiederholung der Prüfung in Form einer mündlichen Prüfung abzulegen ist oder dass die Studierenden die Wahl zwischen Klausur

oder mündlicher Prüfung haben.

7.3 Fristen

Wiederholungsprüfungen für nicht bestandene Prüfungsleistungen müssen zum nächstmöglichen Termin abgelegt werden. Einer besonderen Anmeldung hierzu bedarf es nicht, die oder der Studierende ist automatisch angemeldet. Bei einer Fortschrittsregelung im Sinne von Ziffer 5.1 Absatz 1 Satz 5 und 6 kann in den Besonderen Bestimmungen Abweichendes geregelt werden.

Der Prüfungsausschuss kann in begründeten Fällen von sich aus oder auf rechtzeitigen, vorherigen Antrag eine abweichende Regelung treffen. Ziffer 6.2 Absatz 4 gilt entsprechend.

Für eine Wiederholungsprüfung der Bachelor-Arbeit ist eine erneute schriftliche Anmeldung erforderlich. Eine sofortige Anmeldung ist gestattet.

7.4 Folgen des endgültigen Nichtbestehens

Ist die Wiederholung einer Prüfungsleistung, die für das Bestehen eines Moduls erforderlich gewesen wäre, nicht mehr möglich, führt dies zum endgültigen Nichtbestehen mit der Folge der Exmatrikulation (§ 59 Absatz 2 Nr. 6 HHG). Auf Antrag erhält die/der Studierende gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung des Prüfungsausschusses, welche die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Noten sowie die zu dem jeweiligen Modul noch fehlenden Prüfungs- oder Studienleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden wurde.

7.5 Endgültiges Nichtbestehen nach § 59 Abs. 4 HHG

Wer innerhalb von 4 Studiensemestern keinen in einer Prüfungs- oder Studienordnung vorgesehenen Leistungsnachweis besteht, kann exmatrikuliert werden. Die Entscheidung fällt der Prüfungsausschuss in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens. Den Studierenden ist vorher Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben. Eine erneute Immatrikulation im selben Studiengang ist zu versagen.

8 Klausureinsicht/Akteneinsicht

(1) Der Prüfungsausschuss hat sicherzustellen, dass den Studierenden in angemessenem Zeitrahmen nach Bekanntgabe der Noten Einsicht in die Prüfungsakten gewährt wird. Andernfalls können Studierende innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Noten beim Fachbereich Einsicht beantragen. Diese Einsicht ist ihnen unverzüglich nach Antragstellung zu gewähren.

(2) Das Recht auf Akteneinsicht nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz bleibt hiervon unberührt.

9 Widerspruch

(1) Widersprüche im Sinne der Verwaltungsgerichtsordnung (§ 68 ff. VwGO) gegen das Prüfungsverfahren und gegen Prüfungsentscheidungen sind, sofern eine Rechtsbehelfsbelehrung erteilt wurde, innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe, sonst innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe beim Prüfungsausschuss einzulegen. Die Frist wird auch durch die Einlegung bei der Präsidentin oder dem Präsidenten gewahrt.

(2) Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, so leitet er das Verfahren zur weiteren Bearbeitung – unter Angabe des Sachverhaltes, der Ablehnungsgründe und eines Verfahrensvorschlages – an die Präsidentin oder den Präsidenten weiter.

(3) Hilft die Präsidentin oder der Präsident dem Widerspruch nicht ab, erteilt sie oder er einen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid, in dem die Ablehnungsgründe anzugeben sind.

(4) Die Studierenden haben sich während eines schwebenden Prüfungsverfahrens weiterhin zurück zu melden und haben die im jeweiligen Semester anfallenden Semesterbeiträge zu entrichten.

(5) Während eines schwebenden Prüfungsverfahrens kann der Prüfungsausschuss eine Zulassung zu weiteren Prüfungen (inkl. der streitgegenständ-

lichen Prüfung) und zum Modul der Bachelor-Thesis unter Vorbehalt aussprechen. Die oder der Studierende ist darauf hinzuweisen, dass ihr/ihm während eines schwebenden Prüfungsverfahrens erbrachte Leistungen im Falle der Nichtabhilfe rückwirkend wieder aberkannt werden. Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss eine Bescheinigung über während des schwebenden Prüfungsverfahrens erbrachten Leistungen ausstellen. Ziffer 7.4 gilt sinngemäß.

10 Abschlussdokumente

10.1 Abschluss-Zeugnis

10.1.1 Abschluss-Zeugnis der Bachelor-Prüfung

(1) Über die bestandene Bachelor-Prüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Abschluss-Zeugnis erteilt, das die Noten aller Modulprüfungen enthält. Das Thema der Bachelor-Arbeit wird angegeben.

(2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfung erbracht bzw. die Bachelor-Arbeit abgegeben wurde.

(3) Das Abschluss-Zeugnis enthält die Gesamtnote. Diese wird nach Maßgabe der Ziffer 4.2 Absatz 6 errechnet. Hinter der in Worten geschriebenen Note wird in Klammern der Notenwert gemäß Ziffer 4.2 Absatz 7 angegeben.

10.1.2 Unterschrift und Siegel Fachbereich

Das Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss der Bachelor-Prüfung wird von der oder dem Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses und der zuständigen Dekanin bzw. dem zuständigen Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel des Fachbereichs versehen.

10.2 Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades

(1) Neben dem Bachelor-Zeugnis wird der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Bachelor- Grades entsprechend der Akkreditierung des Studiengangs und ggf. entsprechend der Systemakkreditierung der Hochschule beurkundet.

(2) Die Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Hochschule und der zuständigen Dekanin bzw. dem zuständigen Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

10.3 Diploma Supplement (DS)

Die Hochschule stellt eine Vorlage für das Diploma Supplement in der jeweils geltenden Fassung entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ der Europäischen Union zur Verfügung. Die studien-gangsspezifischen Inhalte des Diploma Supplements sind in deutscher und englischer Sprache in den Besonderen Bestimmungen festzulegen. Das Diploma Supplement wird von der Dekanin oder dem Dekan und der Prüfungsausschussvorsitzenden oder dem Prüfungsausschussvorsitzenden unterzeichnet und gilt nur in Verbindung mit dem Original- Zeugnis.

Zu den Inhalten siehe Anlage Diploma Supplement.

10.4 Transcript of Records (ToR)

Der Fachbereich stellt ein Transcript of Records (Abschrift der Studiendaten) in englischer Sprache aus, das mit dem Siegel des Fachbereichs versehen wird und nur in Verbindung mit dem Original-Zeugnis gilt. Im ToR werden alle erfolgreich absolvierten Module mit ihren Prüfungs- und Studienleistungen aufgeführt. Zudem sind die vergebenen Credit-Points, die Dauer des Moduls sowie die Noten aufzuführen.

11 Sprachregelungen

(1) Lehrveranstaltungen, Prüfungs- und Studienleistungen aus dem Pflichtbereich können auf Englisch angeboten werden, wenn parallel oder zumindest innerhalb eines dem Studienplan entsprechenden Zeitraumes diese samt Leistungsnachweis auch auf Deutsch angeboten werden. Die Besonderen Bestimmungen können in begründeten Fällen abweichende Regelungen bezüglich eines ausschließlich englischsprachigen Angebotes oder bezüglich weiterer Fremdsprachen treffen.

(2) In Wahlpflicht- und Wahlmodulen können Lehrveranstaltungen und Leistungsnachweise fremdsprachlich angeboten werden. Die jeweilige Unterrichts- und Prüfungssprache wird im Modulhandbuch geregelt.

(3) In jedem Fall ist sicherzustellen, dass auch im Falle von Wiederholungsprüfungen konstante Prüfungsbedingungen herrschen und auch bei einem Wechsel in der Vorlesungssprache die Wiederholungsprüfungen in der jeweils gleichen Sprache wie die ursprüngliche Ausgangsprüfung angeboten werden.

12 Kooperationen

Bei Kooperationen der Hochschule RheinMain mit anderen Hochschulen oder zwischen verschiedenen Studiengängen der Hochschule RheinMain, etwa durch das Betreiben eines gemeinsamen Studiengangs oder den Austausch von einzelnen Modulen, werden die hierfür spezifischen Besonderheiten, insbesondere das von den Studierenden abzuleistende Studienprogramm und das Verfahren der Immatrikulation und des endgültigen Nichtbestehens bzw. der Exmatrikulation, in einer gesonderten Satzung geregelt.

Studierende können auf Wunsch durch das Bestehen aller wirtschaftsrechtlichen Module sowie einer freiwilligen zusätzlichen Prüfung im 8. Semester ein Zertifikat »Wirtschaftsrecht« erwerben. Das Zertifikat dient dem Nachweis von Prüfungsleistungen im Bereich Wirtschaftsrecht, die den Anforderungen an das Prüfungsgebiet Wirtschaftsrecht gemäß § 4 C. Wirtschaftsprüferprüfungverordnung im Sinne von § 13 b Wirtschaftsprüferordnung in Inhalt, Form und Umfang gleichwertig sind und daher für das Wirtschaftsprüferexamen angerechnet werden können. Näheres regelt die Anlage Zertifikat »Wirtschaftsrecht«.

13 Einstellung von Studiengängen

Wird ein Studiengang eingestellt, wird den Studierenden nach § 15 Abs. 3 HHG die Möglichkeit eröffnet, das Studium innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. Dies gilt nicht, wenn das Weiterstudium in einem vergleichbaren Studiengang einer anderen hessischen Hochschule aufgrund der räumlichen Nähe oder aus anderen Gründen zumutbar ist. Der Fachbereichsrat beschließt, in welchem Zeitraum noch Lehrveranstaltungen und Prüfungen angeboten werden.

14 In-Kraft-Treten

Diese Änderungen der Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Bachelorstudiengänge treten mit Veröffentlichung in den amtlichen Mitteilungen rückwirkend zum 15. April 2013 in Kraft. Die Änderungen gelten ab In-Kraft-Treten auch für alle Prüfungsordnungen, die auf Basis der o. g. ABPO vom 20.08.2012 beschlossen wurden.

Diese Besonderen Bestimmungen treten mit Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Hochschule RheinMain zum 01.04.2016 in Kraft.

Für Studierende, die ihr Bachelor-Studium vor Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung begonnen haben, gilt die in der Anlage Übergangsregelung als Änderung zur alten Prüfungsordnung (AM Nr. 130, 209, 290) veröffentlichte Übergangsregelung. Zum 01.10.2021 tritt eine Änderung dieser Besonderen Bestimmungen in Kraft. Die Nachprüfungstermine nach der ursprünglichen Fassung dieser Prüfungsordnungen werden damit letztmalig im Wintersemester 2021/22 angeboten. Danach erfolgt das Prüfungsangebot gemäß der geänderten Prüfungsordnung.

Diese Prüfungsordnung läuft aus. Zum 01.10.2023 tritt eine neue Prüfungsordnung in Kraft.

Studierende, die ihr Studium nach dieser Prüfungsordnung begonnen haben, können es nach Maßgabe der Anlage Übergangsregelung auch nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung beenden.

Wiesbaden, den 16.04.2013

Prof. Dr. Detlev Reymann
Präsident/in der Hochschule RheinMain

Wiesbaden, den 31.07.2023

Prof. Dr. MSc. Christiane Jost
Vizepräsident/in der Hochschule
RheinMain

Prof. Dr. Till Dannewald
Dekan/in des Fachbereichs Wiesbaden
Business School

Anlagen

1 Curriculum

2 Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT)

3 Zertifikat »Wirtschaftsrecht«

4 Versicherung

5 Diploma Supplement

6 Übergangsregelung

Anlage: Curriculum

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester																Gesamt		Prüfungs- oder Studienleistung		Gewichtungsfaktoren für Abschlusszeugnis
		1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		8.		SWS	CP	Art	Form	
		SWS	CP	SWS	CP	SWS	CP	SWS	CP	SWS	CP	SWS	CP	SWS	CP	SWS	CP					
Volkswirtschaftslehre	Volkswirtschaftslehre	4	6															4	6	PL	K 90	0 x CP
Wirtschaftsprivatrecht I	Wirtschaftsprivatrecht I	6	7															6	7	PL	K 120	0 x CP
Einkommensteuer	Einkommensteuer	7	9															7	9	PL	K 120	0 x CP
Business in English I*	Business in English I: Business English 1st semester	2	2															_*	_*	_*	_*	_*
Mathematik und Statistik	Mathematik und Statistik	6	6															6	6	PL	K 120	0 x CP
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre	Einführung in die BWL			2	3													4	6	PL	K 120	0 x CP
	Unternehmensführung und Risikomanagement			2	3																	0 x CP
Externes Rechnungswesen	Externes Rechnungswesen			2	3													2	3	PL	K 60	0 x CP
Investitionsentscheidungen	Investitionsentscheidungen			2	3													2	3	PL	K 60	0 x CP
Wirtschaftsprivatrecht II	Schuldrecht			5	5													10	10	PL	K 180	0 x CP
	Sachenrecht			5	5																	0 x CP
Umsatzsteuer	Umsatzsteuer			4	6													4	6	PL	K 120	0 x CP
Business in English I*	Business in English I: Business English 2nd semester			2	2													4	4	PL	F	0 x CP
Finanzierungsentscheidungen	Finanzierungsentscheidungen					2	3											2	3	PL	K 60	0 x CP
Kostenrechnung und Kostenanalyse	Kostenrechnung und Kostenanalyse					4	5											4	5	PL	K 90	0 x CP
Wirtschaftsprivatrecht III	Nationales und internationales Handelsrecht					4	5											7	9	PL	K 120	0 x CP
	Grundlagen Unternehmensrecht					3	4															0 x CP
Individuelles Arbeitsrecht	Individuelles Arbeitsrecht					4	5											4	5	PL	K 120	0 x CP
Unternehmenssteuern	Unternehmenssteuern					5	6											5	6	PL	K 120	0 x CP
Business in English II	Business in English II: American Business Law					2	2											2	2	PL	F	0 x CP
Handelsrechtlicher Jahresabschluss	Handelsrechtlicher Jahresabschluss							6	6									6	6	PL	K 120	1 x CP

Kapitalmarkt und Corporate Finance	Kapitalmarkt und Corporate Finance							4	5									4	5	PL	K 90	1 x CP
Kapitalgesellschaftsrecht I (Aktienrecht)	Kapitalgesellschaftsrecht I (Aktienrecht)							4	6									4	6	PL	K 120	1 x CP
Einführung in das internationale Recht	Europarecht							2	3									4	6	PL	K 120	1 x CP
	Grundlagen internationales Steuerrecht							2	3													
Case Study Steuerrecht	Case Study Steuerrecht							4	5									4	5	PL	K 120**	1 x CP
Business in English III	Business in English III: International Taxation							2	2									2	2	PL	F	1 x CP
Internationale Rechnungslegung	Internationale Rechnungslegung																	5	6	PL	K 120	1 x CP
Finanzrisikomanagement und Unternehmensbewertung	Finanzrisikomanagement und Unternehmensbewertung																	4	5	PL	K 90	1 x CP
Kapitalgesellschaftsrecht II (GmbH-Recht)	Kapitalgesellschaftsrecht II (GmbH-Recht)																	3	3	PL	K 90	1 x CP
Wirtschaftsrecht in der Praxis I	Wirtschaftsverwaltungsrecht																	2	3			
	Vertiefung BGB																	2	3			
																		4	6	PL	K 120	1 x CP
DBA und Außensteuerrecht	DBA und Außensteuerrecht																	4	5	PL	K 120	1 x CP
Bilanzsteuerrecht	Bilanzsteuerrecht																	2	3	PL	K 60	1 x CP
EDV und Steuern	EDV und Steuern																	2	2	PL	BT 10 oder K 60	1 x CP
Konzernrechnungswesen	Fallstudien zur Rechnungslegung																					
	Konzerncontrolling																					
	Grundlagen der Konzernrechnungswesen																	2	2			
																		6	7	PL	K 150	1 x CP
																		2	3			
Kollektives Arbeitsrecht	Kollektives Arbeitsrecht																	3	4	PL	K 90	1 x CP
Wirtschaftsrecht in der Praxis II	Insolvenz/Sanierung																	2	2			
	Wirtschaftsrechtliche Nebengebiete																	3	4			
																		5	6	PL	K 120 oder H	1 x CP
Konzern- und Kapitalmarktrecht	Konzern- und Kapitalmarktrecht																	2	3	PL	K 60	1 x CP
Lohnsteuer/ Abgabenordnung	Lohnsteuer/Sozialversicherung																	2	2			
	Abgabenordnung																	2	3			
																		4	5	PL	K 120	1 x CP
Business in English IV	Business in English IV: Analyzing																	2	2	PL	F	1 x CP

	Financial Statements																					
Projektarbeit Methodenlehre	Projektarbeit Methodenlehre											2	3					2	3	PL	H	1 x CP
Berufspraktische Tätigkeit	Berufspraktische Tätigkeit													-	30				30	SL	MET	0 x CP
Vertiefung Rechnungslegung und Konzern	Vertiefung Rechnungslegung und Konzern															2	3	2	3	PL	mP 10***	1 x CP
Wirtschaftsethik	Wirtschaftsstrafrecht														2	2	4	5	PL	K 120 oder mP 15	1 x CP	
	Corporate Governance													2	3	1 x CP						
Repetitorium Wirtschaftsrecht	Repetitorium Wirtschaftsrecht														6	7	6	7	PL	mP 20	1 x CP	
Case Study Steuerplanung	Case Study Steuerplanung														2	3	2	3	PL	mP 10	1 x CP	
Bachelor-Thesis	Arbeit														-	12	-	12	PL	Thesis 9 Wochen	2 x CP	
SWS / CP		25	30	24	30	24	30	24	30	24	30	24	30	-	30	14	30	159	240			

* Das Modul Business in English I ist als semesterübergreifendes Modul mit einer Klausur am Ende des 2. Semesters konzipiert.

** Alternativ zu K 120 auch K 120 und (Gruppen-)Präsentation

*** Alternativ zu mP 10 auch mP 10 mit Präsentation als Prüfungsvorleistung oder K 60 oder K 60 mit Präsentation als Prüfungsvorleistung

Legende:

Prüfungsformen:

H= Hausarbeit

K= Klausur

mP= mündliche Prüfung

B= Befähigungsprüfung

F= Fremdsprachenprüfung

BT= Bildschirmtest

Sonstige Abkürzungen:

PL= Prüfungsleistung

SL= Studienleistung

CP= Credit-Points

MET= mit Erfolg teilgenommen

SWS= Semesterwochenstunden

Anlage: Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT)

§ 1 Allgemeines

- (1) Im Bachelor-Studiengang Business and Law in Accounting and Taxation des Fachbereichs Wiesbaden Business School (WBS) der Hochschule RheinMain ist zur Erfüllung des Praxismoduls eine Berufspraktische Tätigkeit (BPT) zu absolvieren, welche im siebten Studiensemester unter Einschluss der vorlesungsfreien Zeit stattfindet. Sie wird von den Professorinnen und Professoren des Fachbereichs WBS vorbereitet und an der Praktikumsstelle sowie in der Hochschule begleitet.
- (2) *(bleibt frei).*
- (3) Die Rechte und Pflichten der Studierenden in der BPT bestimmen sich nach dem zwischen Praktikumsstelle und Studierender oder Studierendem abzuschließenden Ausbildungsvertrag für die BPT in der jeweils aktuellen Fassung. Im Ausnahmefall kann dieses Schriftstück durch einen firmeneigenen Vertrag ersetzt werden. Über die Eignung entscheidet die oder der BPT-Beauftragte.
- (4) Der Fachbereich WBS der Hochschule RheinMain überträgt für diesen Studiengang alle die BPT betreffenden Aufgaben und Entscheidungen einer oder einem BPT-Beauftragten.
- (5) Aufgaben der oder des BPT-Beauftragten sind insbesondere:
 - a) Überprüfung der Zulassungsvoraussetzungen zur BPT,
 - b) Überprüfung und Genehmigung der BPT-Verträge,
 - c) Schlichtung bei Streitigkeiten zwischen Praktikumsstelle und Studierenden im Zusammenwirken mit der betreuenden Professorin oder dem betreuenden Professor,
 - d) Bewertung der Praktikumsberichte.

§ 2 Zweck

- (1) Die BPT dient der Verbesserung der Qualität des Ausbildungszieles einer an den Belangen der Praxis orientierten wissenschaftlichen Ausbildung der Studierenden. Die Studierenden sollen entsprechend ihren Studienschwerpunkten an Aufgaben in Unternehmen, der öffentlichen Verwaltung, einer Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungs- oder Rechtsanwaltskanzlei oder einer Unternehmensberatung mitarbeiten oder solche Aufgaben selbstständig übernehmen.
- (2) Die BPT soll den Studierenden Gelegenheit geben, ihre bis dorthin gewonnenen theoretischen Fachkenntnisse in der Praxis anzuwenden.

§ 3 Dauer

- (1) Die BPT umfasst einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens vier Monaten.
- (2) Die tägliche Arbeitszeit entspricht der Normalarbeitszeit der in Vollzeit Beschäftigten der Praktikumsstelle.

§ 4 Anmeldung und Zulassung

- (1) Für die Teilnahme an der BPT ist eine besondere schriftliche Anmeldung zu den vom Prüfungsausschuss festgesetzten und im Terminplan des Fachbereichs WBS bekanntgegebenen Fristen erforderlich. Für die Anmeldung ist das Formular „Anmeldung zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT) zu verwenden, welches auf den Seiten des Fachbereichs heruntergeladen werden kann. Die Bekanntgabe der Fristen erfolgt durch Aushang am schwarzen Brett, auf der Internetseite des Fachbereichs oder über das Portal der Hochschule unter dem Studiengang. Die Anmeldefristen sind Ausschlussfristen.
- (2) Zur BPT werden Studierende zugelassen, welche mindestens die Module der ersten drei Fachsemester erfolgreich abgeschlossen haben.

§ 5 Praktikumsplatz

- (1) Der Praktikumsplatz muss geeignet sein, dem Zweck der BPT gerecht zu werden.
- (2) Studierende suchen grundsätzlich ihren Praktikumsplatz selbstständig. Nach der Zulassung zur BPT schlagen die Studierenden der oder dem BPT-Beauftragten einen Praktikumsplatz vor. Die Entscheidung über die Eignung des Praktikumsplatzes trifft die oder der BPT-Beauftragte.

§ 6 Teilnahme an studienbegleitenden Prüfungen

- (1) Studierende dürfen während der BPT an studienbegleitenden Prüfungen teilnehmen, sie können aber auch eine Prüfungsbefreiung beantragen.
- (2) Die ersten vier Monate der BPT dürfen sich nicht mit der Bearbeitungszeit für die Bachelor-Arbeit überschneiden.

§ 7 Nichtantritt, Wechsel oder vorzeitige Beendigung des Berufspraktikums

- (1) Studierende, die sich angemeldet haben, ihre BPT aber nicht antreten können oder sie vorzeitig beenden, müssen die BPT-Beauftragte oder den BPT-Beauftragten unter Angabe von Gründen umgehend davon in Kenntnis setzen. Für die Aufnahme der BPT zu einem späteren Zeitpunkt ist eine erneute Anmeldung unter Wahrung der Ausschlussfrist notwendig.
- (2) Ein Nichtantritt oder eine vorzeitige Beendigung der BPT oder ein Wechsel der Praktikumsstelle nach Genehmigung des BPT-Vertrages durch die BPT-Beauftragte oder den BPT-Beauftragten ist grundsätzlich ausgeschlossen. Über Ausnahmen entscheidet die oder der BPT-Beauftragte.

§ 8 Pflichten der Praktikumsstelle

- (1) Die Praktikumsstelle verpflichtet sich, die Studierenden in den fachspezifischen Aufgabengebieten mit dem Ziel des Erwerbs fachpraktischer Kenntnisse auszubilden und ausreichend zu betreuen.
- (2) Die Betreuung der Studierenden am Praktikumsplatz soll durch eine oder einen von der Praktikumsstelle benannte Betreuerin oder benannten Betreuer erfolgen, die oder der dort hauptberuflich tätig ist. Die Betreuerin oder der Betreuer hat die Aufgabe, die Einweisung der Studierenden in ihre Arbeitsgebiete und Aufgaben zu regeln und zu überwachen. Sie oder er soll als Kontaktperson für die Beratung zur Verfügung stehen und durch regelmäßige Anleitungsgespräche den Lernprozess unterstützen.
- (3) Die Praktikumsstelle verpflichtet sich ferner,
 - a) ein qualifiziertes Zeugnis mit einem Nachweis über die Dauer und die Inhalte der Tätigkeit auszustellen,
 - b) unmittelbar nach Ende der BPT eine Bescheinigung über deren Durchführung und Dauer auszustellen,
 - c) bei Verstößen der Studierenden gegen § 9 (2) dieser Ordnung die BPT-Beauftragte oder den BPT-Beauftragten zu informieren und
 - d) vor Beginn einer jeden BPT mit den Studierenden einen BPT-Vertrag nach § 1 (3) dieser Ordnung abzuschließen.

§ 9 Rechtsstellung der Studierenden

- (1) Während der BPT bleiben die Studierenden Mitglied der Hochschule RheinMain mit allen Rechten und Pflichten.
- (2) Darüber hinaus sind sie verpflichtet,
 - a) die gebotenen Ausbildungsmöglichkeiten gewissenhaft wahrzunehmen,
 - b) die übertragenen Aufgaben sorgfältig zu erfüllen und den zur Erreichung des Praktikumsziels erforderlichen Anordnungen der Praktikumsstelle nachzukommen,
 - c) die an der Praktikumsstelle geltenden Regelungen einzuhalten, insbesondere Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitszeitregelungen und Vorschriften über die Schweigepflicht,
 - d) bei Verstößen der Praktikumsstelle gegen die Pflichten nach § 8 dieser Ordnung die BPT-Beauftragte oder den BPT-Beauftragten zu informieren sowie
 - e) einen Bericht von ca. fünf bis sieben Seiten über die Praktikumsstätigkeit zu verfassen. Der Bericht soll zusammen mit der Bescheinigung gemäß § 8 (3) b) dieser Regelungen binnen zwei Wochen nach Beendigung der BPT bei der oder dem BPT-Beauftragten abgegeben werden.

§ 10 Versicherungsschutz, Haftung

- (1) Die Studierenden sind während der BPT gesetzlich gegen Unfall versichert. Im Versicherungsfalle übermittelt die Praktikumsstelle eine Kopie der Unfallanzeige an die Hochschule RheinMain.
- (2) Die Studierenden sind während der BPT in der Renten- und Arbeitslosenversicherung beitragsfrei.
- (3) Die Studierenden sind während der BPT nach den Bestimmungen der studentischen Krankenversicherung pflichtversichert.
- (4) Das Land Hessen bzw. die Hochschule RheinMain haftet nicht für entstandene Schäden. Eine Haftung ist jedoch im Rahmen der vom Studentenwerk Frankfurt abgeschlossenen Haftpflichtversicherung möglich. Den Studierenden wird der Abschluss einer privaten Haftpflichtversicherung empfohlen.

Anlage: Zertifikat „Wirtschaftsrecht“

- (1) Studierende können zusätzlich im 8. Semester ein Zertifikat „Wirtschaftsrecht“ erwerben, das Prüfungsleistungen im Bereich Wirtschaftsrecht nachweist, die den Anforderungen an das Prüfungsgebiet Wirtschaftsrecht gemäß § 4 C. Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung im Sinne von § 13 b Wirtschaftsprüferordnung in Inhalt, Form und Umfang gleichwertig sind. Damit kann die schriftliche und mündliche Prüfung im Prüfungsgebiet Wirtschaftsrecht des Wirtschaftsprüferexamens entfallen.
- (2) Der Erwerb des Zertifikats ist freiwillig; es ist eine Anmeldung zur schriftlichen Zusatzprüfung beim Prüfungsamt des Fachbereichs Wiesbaden Business School notwendig.
- (3) Voraussetzungen für die Erteilung des Zertifikats ist das Bestehen sämtlicher wirtschaftsrechtlicher Module des Studiengangs (Wirtschaftsprivatrecht I, II, III, Individuelles Arbeitsrecht, Kapitalgesellschaftsrecht I, II, Einführung in das internationale Recht, Wirtschaftsrecht in der Praxis I, II, Kollektives Arbeitsrecht, Konzern- und Kapitalmarktrecht, Wirtschaftsethik und Repetitorium Wirtschaftsrecht) sowie das Bestehen einer schriftlichen Zusatzprüfung.
- (4) Zur schriftlichen Zusatzprüfung wird nur zugelassen, wer das Bestehen der unter Ziffer (3) genannten Module mit Ausnahme des Moduls Repetitorium Wirtschaftsrecht nachweist.
- (5) Die Dauer der schriftlichen Zusatzprüfung beträgt 240 Minuten. Die Prüfung erstreckt sich auf sämtliche Prüfungsgebiete aus dem Bereich Wirtschaftsrecht gemäß § 4 C. Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung. Abgefragt werden die vorgeschriebenen Kompetenzausprägungen nach dem Referenzrahmen für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13b WPO.
- (6) Die schriftliche Zusatzprüfung wird nur einmal pro Semester angeboten, in der Regel am Ende der auf die Vorlesungen folgenden Prüfungsphase. Sie kann abweichend von Ziffer 7.2 der besonderen Bestimmungen für den Bachelor-Studiengang Business and Law in Accounting and Taxation (BBPO) nur einmal wiederholt werden.
- (7) Die Bewertung der schriftlichen Zusatzprüfung erfolgt durch zwei Prüfer; sie lautet „bestanden“ oder „nicht bestanden“. Die Prüfung ist als „bestanden“ zu bewerten, wenn die Prüfung erkennen lässt, dass die oder der Studierende im Wirtschaftsrecht die Anforderungen nach § 4 C. Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung in der notwendigen Kompetenzausprägung in Inhalt, Form und Umfang erfüllt.
- (8) Bei Erfüllen aller Voraussetzungen nach Ziffer (3) erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses des Fachbereichs Wiesbaden Business School das Zertifikat „Wirtschaftsrecht“.
- (9) Auf die schriftliche Zusatzprüfung finden im Übrigen sämtliche Regelungen der BBPO Anwendung.

Anlage: Versicherung gemäß Ziffer 4.1.5.4 (3) ABPO

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Quellen entnommen sind oder auf Mitteilungen beruhen, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

< Ort, Datum >

< Eigenhändige Unterschrift >

Diploma Supplement für den
Bachelor in Business and Law in Accounting and Taxation

Studiengangspezifische Inhalte des Diploma Supplements

<i>zu Ziffer</i>	<i>Deutscher Text</i>	<i>Englischer Text</i>
2.1	Bezeichnung der Qualifikation <i>Bachelor of Laws / LL.B.</i>	Name of Qualification <i>Bachelor of Laws / LL.B.</i>
2.2	Hauptstudienfach oder -fächer <i>Business and Law</i>	Main Field(s) of Study <i>Business and Law</i>
2.4	Einrichtung, die den Studiengang durchgeführt hat <i>Fachbereich Wiesbaden Business School</i>	Institution Administering Studies <i>Faculty Wiesbaden Business School</i>
2.5	Im Unterricht / in den Prüfungen verwendete Sprachen <i>95 % Deutsch, 5 % Englisch</i>	Language(s) of Instruction / Examination <i>95 % German, 5 % English</i>
3.1	Ebene der Qualifikation - <i>Akademischer Grad</i> - <i>4 Jahre Vollzeitstudium</i> - <i>Gesamtzahl der erworbenen Credit-Points (ECTS): 240</i>	Level of the Qualification - <i>Academic degree</i> - <i>4 years of full-time studies</i> - <i>Total of credit points (ECTS) earned: 240</i>
3.2	Zugangsvoraussetzungen <i>Hochschulzugangsberechtigung</i>	Access Requirements <i>higher education entrance qualification</i>
4.1	Studienform. <i>Vollzeit</i>	Mode of Study <i>full-time</i>
4.2	Anforderungen des Studiengangs / Qualifikationsprofil der Absolventin / des Absolventen <i>Der Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation befähigt die Absolventinnen und Absolventen zur Lösung grundlegender wie auch komplexer Aufgaben- und Problemstellungen in den primär rechnungswesensbezogenen und finanzwirtschaftlichen Bereichen der Betriebswirtschaftslehre sowie im Steuer- und Wirtschaftsrecht.</i> <i>Hierzu erwerben die Studierenden ein breites und integriertes Fachwissen einschließlich der wissenschaftlichen Grundlagen auf dem aktuellsten Erkenntnisstand im Bereich nationales sowie internationales Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Rechnungs- und Prüfungswesen und Finanzierung. Dies geschieht im Blick auf Arbeitsgebiete in der Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung sowie im Bilanzierungsbereich</i>	Programme Requirements / Qualification Profile of the Graduate <i>The bachelor degree course Business & Law in Accounting and Taxation qualifies graduates for the solution of basic and complex tasks and problems, primarily in fields of business administration such as finance and accounting as well as tax and business law.</i> <i>For this purpose students gain broad and integrated expertise including academic principles with state-of-the-art knowledge in areas of national and international tax law, business law, accounting, auditing and financing. This is oriented towards working in tax consultancy and auditing as well as balancing of large and medium-sized companies. Students also gain the required competencies for the exams towards the registered professional qualification as tax consultant</i>



	<p><i>großer und mittelständischer Unternehmen. Dazu erwerben die Studierenden auch die Kompetenzen, die sie nach Durchlaufen der erforderlichen Praxiserfahrung zur Ablegung berufsqualifizierender Examina zur Steuerberaterin bzw. zum Steuerberater und/oder zur Wirtschaftsprüferin bzw. zum Wirtschaftsprüfer qualifizieren.</i></p> <p><i>Die Absolventinnen und Absolventen verfügen über ein kritisches Verständnis der wichtigsten Methoden in den Fachgebieten des Studiengangs (Steuerrecht, Rechnungs- / Prüfungswesen, Finanzierung und Wirtschaftsrecht) und vermögen diese praxisbezogen interdisziplinär anzuwenden. Sie sind in der Lage, bereichstypische relevante Informationen zu sammeln, zu bewerten, zu interpretieren und daraus wissenschaftlich fundierte Urteile abzuleiten.</i></p> <p><i>Die Absolventinnen und Absolventen sind in der Lage, fachbezogene Positionen und Problemlösungen gegenüber Fachleuten und in interdisziplinären Teams argumentativ zu vertreten, neue Aufgaben verantwortlich zu übernehmen sowie dabei gesellschaftliche, wissenschaftliche und ethische Erkenntnisse zu berücksichtigen.</i></p>	<p><i>and/or auditor, which they can participate in after completing the required amount of practical work experience.</i></p> <p><i>Graduates have a critical understanding of the most important methods of the specialties of their degree (tax law, accounting, auditing, financing and business law) and can apply their knowledge across disciplines and related to practice. They also have the ability to collect, evaluate and interpret relevant data and consequently derive scientifically sound assessments.</i></p> <p><i>Graduates are able to present and argue for specialized positions and problem solutions towards experts and in interdisciplinary teams, to take responsibility for new tasks and to consider social, scientific and ethical findings in doing so.</i></p>
4.3	<p>Einzelheiten zum Studiengang</p> <p><i>Siehe Transcript of Records und Zeugnis für die Bewertung und das Thema der Abschlussarbeit</i></p>	<p>Programme Details</p> <p><i>See Transcript of Records and graduation certificate (“Zeugnis”) for marking and topic of thesis</i></p>
5.1	<p>Zugang zu weiterführenden Studien</p> <p><i>Qualifiziert für die Zulassung zum Master-Studium</i></p>	<p>Access to further Study</p> <p><i>Qualifies for admission to Master’s degree</i></p>
5.2	<p>Beruflicher Status</p> <p>---</p>	<p>Professional Status</p> <p>---</p>

Anlage: Übergangsregelung für den Bachelor-Studiengang Business & Law in Accounting and Taxation

Diese Prüfungsordnung läuft aus. Zum 01.10.2023 tritt eine neue Prüfungsordnung in Kraft. Studierende, die ihr Studium nach dieser Prüfungsordnung begonnen haben, können es nach Maßgabe dieser Anlage auch nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung beenden.

Prüfungs- und Studienleistungen werden unter Einschluss des letzten regulären Lehrangebots in Regelstudienzeit noch insgesamt fünf Mal angeboten. Danach erlischt der Anspruch auf Prüfung nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung und Studierende werden automatisch in die neue Prüfungsordnung (Inkrafttreten 01.10.2023) übernommen. Der Prüfungsausschuss informiert die Studierenden rechtzeitig über die automatische Übernahme.

1. Die Lehrveranstaltungen nach dieser Prüfungsordnung werden letztmalig wie folgt angeboten:

- a. Veranstaltungen des 1. Semesters letztmalig im SoSe 2023
- b. Veranstaltungen des 2. Semesters letztmalig im WiSe 2023/24
- c. Veranstaltungen des 3. Semesters letztmalig im SoSe 2024
- d. Veranstaltungen des 4. Semesters letztmalig im WiSe 2024/25
- e. Veranstaltungen des 5. Semesters letztmalig im SoSe 2025
- f. Veranstaltungen des 6. Semesters letztmalig im WiSe 2025/26
- g. Veranstaltungen des 7. Semesters letztmalig im SoSe 2026
- h. Veranstaltungen des 8. Semesters letztmalig im WiSe 2026/27

2. Die Prüfungs- und Studienleistungen nach dieser Prüfungsordnung werden letztmalig wie folgt angeboten:

- a. Prüfungs- und Studienleistungen des 1. Semesters letztmalig im SoSe 2025
- b. Prüfungs- und Studienleistungen des 2. Semesters letztmalig im WiSe 2025/26
- c. Prüfungs- und Studienleistungen des 3. Semesters letztmalig im SoSe 2026
- d. Prüfungs- und Studienleistungen des 4. Semesters letztmalig im WiSe 2026/27
- e. Prüfungs- und Studienleistungen des 5. Semesters letztmalig im SoSe 2027
- f. Prüfungs- und Studienleistungen des 6. Semesters letztmalig im WiSe 2027/28
- g. Prüfungs- und Studienleistungen des 7. Semesters letztmalig im SoSe 2028
- h. Prüfungs- und Studienleistungen des 8. Semesters letztmalig im WiSe 2028/29

Studierenden werden die bisher erbrachten Leistungen gemäß einer vom Prüfungsausschuss erstellten Äquivalenzliste anerkannt. Setzt sich eine Prüfung nach neuer Prüfungsordnung aus mehreren Prüfungs- und Studienleistungen nach dieser Prüfungsordnung zusammen, wird der Mittelwert nach Credit-Points gewichtet gebildet und entsprechend der Tabelle A der Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen einer Note zugeordnet. Bei der Bildung des Mittelwertes wird immer nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundungen gestrichen.

Studierende können auf besonderen schriftlichen Antrag ihr Studium schon vorher nach der neuen Prüfungsordnung weiterführen und beenden, soweit die entsprechenden Lehrveranstaltungen bereits angeboten werden. Der Antrag zur Ablegung von Prüfungen nach den Bestimmungen der neuen Prüfungsordnung muss schriftlich beim Vorsitzenden oder bei der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt werden. Er kann nicht widerrufen werden. Ein Wechsel zum Sommersemester muss jeweils bis zum 1.12. beantragt werden. Ein Wechsel zum Wintersemester muss jeweils bis zum 1.6. beantragt werden.